

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

18. Woche für die Zeit vom 7. Mai bis 13. Mai 1898.

Posen, 16. Mai 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Polnische Wählerversammlungen finden innerhalb der Provinz Posen nächstens statt:

Für den Kreis:	Ver- sammlungs- ort:	Zeit:	Ort:	Als Hauptredner ist angemeldet:
Kosten	Kosten	22. 5. Nachm. 4½ Uhr	Hotel Victoria	Fürst Czartoryski.
Witkowo	Witkowo	19. 5. " 4 "	Ogorkiewicz	
Schroda	Schroda	17. 5. " 4 "	Hüttner	
Czarnikau-Filehne	Czarnikau	22. 5. " 4 "	?	
Posen-West	Posen	22. 5. " 3½ "	Lambert	
Wongrowitz	Wongrowitz	19. 5. " 4½ "	Michalkiewicz	Dr. von Komierowski.
Grätz	Opaleniza	19. 5. " 5½ "	Hotel du Nord	Fürst Czartoryski.
Bomst	Wollstein	19. 5. " 4½ "	Schützenhaus	
Schrimm	Schrimm	22. 5. " 5 "	Hotel Vittoria	
Schmiegel	Schmiegel	19. 5. " 5 "	Schützenhaus	

Aus Nr. 101 des Oredownik
vom 4. Mai 1898:

In Sachen des für den ganzen preussischen Landestheil zu bildenden Central-Wahlkomitees theilt man uns mit, daß das Wahlkomitee für Westpreußen auf den bezüglichen Antrag des Posener Provinzial-Wahlkomitees erwidert haben soll, es theilige sich nicht an der Bildung eines solchen Central-Wahlkomitees.

Aus Nr. 102 des Oredownik
vom 5. Mai 1897:

Der Posener Wahlkreis.

Die hofparteiliche Presse in Posen ist in den Mitteln nicht wählerisch, um nur das Verhalten der Volkspartei als unbegründet, verwerflich und die nationale Kraft untergrabend hinzustellen, da diese Kraft in Eintracht und Solidarität ihre Stützpunkte habe. Diese Phrasen und Schimpfereien werden die denkenden Bürger nicht vom Wege abbringen. Die Volkspartei geht den graden Weg zum Ziele: In Volksversammlungen ruft sie die Wähler zur sachkundigen Erfüllung der denselben als Wählern obliegenden bürgerlichen Pflichten auf; sie hat sich einen Kandidaten ausersehen und arbeitet daran, möglichst viel Stimmen auf denselben zu vereinen. Die Volkspartei tritt unter die Mittelklassen in

Stadt und Land, sowie unter das niedere Volk und fordert alle zur bürgerlichen Selbständigkeit auf. Darum gebührt ihr Anerkennung!

Weshalb sollte eine derartige Thätigkeit für eine einmüthige und solidarische Aktion im Wahlkreise Posen ein Hinderniß sein? Möge nur die gegnerische Seite nach dieser Richtung hin ihrerseits etwas thun, natürlich etwas Vernünftiges! Bisher ist dies nicht der Fall gewesen, — die hofparteilichen Blätter überbieten sich lediglich in gewöhnlichen Schimpfereien. Auch hat sich die gegnerische Seite bisher keinen Kandidaten ausersehen, wie die Volkspartei einen solchen in Herrn Franz Andrzejewski gefunden hat. Wäre ein solcher Kandidat vorhanden, dann hätte die Volkspartei einen Ausgangspunkt, um zu überlegen, ob sie bei der Kandidatur Andrzejewski verharren, oder sich mit der von der gegnerischen Seite aufgestellten Kandidatur einverstanden erklären solle.

Die hofparteilichen Blätter schreiben, ein solcher Kandidat sei da, es sei dies der von den Delegirten der drei Kreise Posen auf die Kandidatenliste gesetzte Herr Amtsgerichtsrath Motth. Das ist eine Täuschung. Die Kandidatur Motth ist aufgestellt und durchgeführt worden ausschließlich durch die in den Delegationen der drei Komitees vertretenen versöhnungsparteilichen Elemente. Sie kam mit kaum einer Stimme Mehrheit durch, nämlich mit sieben Stimmen von zwölf. Die Kandidatur Motth ist die Kandidatur der Versöhnungsparteiler. Niemand kann verlangen, daß die Volkspartei mit dieser Kan-

bidatur einverstanden sein solle, denn das würde soviel besagen, als für die Versöhnungspartei arbeiten. Die Elemente, welche mit dem Zeitgedanken der Volkspartei „sympathisiren“ und zugeben, daß diese Bewegung die Zukunft für sich habe, vermochten absolut nichts zu machen, um sich der Volkspartei zu nähern und bezüglich der Kandidatenfrage zu verständigen. Sie versielen auf den keineswegs glücklichen Gedanken, durch Aufstellung des verdienten Abgeordneten Leo von Czarinski die Volkspartei in Schach zu setzen. In der Versammlung der Delegaten der drei Komitees wurde auch der Abgeordnete Leo von Czarinski als Kandidat aufgestellt und diese Kandidatur — fiel durch. Bei zwölf Stimmen erklärten sich sechs für und sechs gegen dieselbe und Pfarrer Kotecki von St. Johannes, der Vorsitzende, ein erklärter Versöhnungsparteiler, entschied gegen sie. Die mit der Volkspartei „sympathisirenden“ Elemente, welche die Volkspartei in Schach setzen wollten, erlitten selbst in der Delegirtenzusammenkunft unerwartet eine Niederlage.

Aus Nr. 102 des Oredownik
vom 5. Mai 1898:

Zur Posener Kandidatenfrage.

Da der Dziennik Poznański sich im Wahlkreise Posen nicht anders zu helfen weiß, speit er seit einigen Tagen gradezu Schimpfsworte gegen Dr. Szymanski und den Kandidaten der Volkspartei Franz Andrzejewski. Etwas Anderes war von dem gegenwärtigen Chefredakteur des Dziennik Poznański Dr. Lebinski nicht zu erwarten. Ihm — Niemandem sonst — hat man vor vier Jahren die Abfassung der ordinären Beschimpfungen der Volkspartei zugeschrieben, die damals im Kurier abgeladen worden sind. Dies Blatt hätte auch den Hals darum gegeben, daß es unter dem Zeichen „heiliger katholischer Losungen“ erlaubt sei, die politischen Gegner mit Schenklichkeiten zu bewerfen.

Bei dieser neuen Auflage von Schimpfereien wird die Sache, zu deren Vertheidiger sich Dr. Lebinski aufwirft, ebensolche Geschäfte machen, wie bei der ersten Auflage, umsomehr, als Dr. Lebinski fast täglich im Dziennik Beweise dafür erbringt, daß er von öffentlichen Angelegenheiten soviel versteht, wie der Wolf von der Astronomie. Er schreibt im Dziennik, Dr. Szymanski befaße sich mit der Volkspartei des Geschäfts wegen, damit ihm die Abornementen nicht davongehen. Nur Dr. Lebinski kann soviel Sachkenntniß haben; denn grade durch die Volksbewegung verflüchtigt sich der Gewinn des Herausgebers des Oredownik. Wenn der Verleger unseres Blattes sich weder jetzt noch früher mit der Agitation befaßt haben würde, dann hätte er sich die Taschen derart vollgepfropft, daß Dr. Lebinski schon von Weitem den Hut vor ihm ziehen würde.

In noch nicht dagewesener ordinärer Weise greift Dr. Lebinski in seinem Organe Herrn Fr. Andrzejewski an. Er nennt denselben den zukünftigen polnischen Aghwardt im Reichstage. Wenn es sich um politisches Sichzumnarrenmachen handelt, dann hat sich Niemand derartig politisch zum Narren gemacht, wie die Hoppartei, die hochtönend anfang und ihr Buch der Weisheit mit dem bekannten Runderlaß des preussischen Staatsministeriums schloß. Niemand hat sich politisch derart zum Narren gemacht, wie der Führer der Hoppartei, Herr von Roscielski, der sein „Buch der Weisheit“ mit den im Dziennik

Poznański abgedruckten Briefen und mit seiner Herrenhausrede unter allgemeinem Gelächter der Deutschen schloß. Niemand hat sich politisch so zum Narren gemacht, wie Herr Dr. Lebinski, der in der Versöhnungsära im Verein mit den Deutschen in den Zeitungen als Mittel gegen den Sozialismus — Waiz empfahl. Niemand macht sich politisch derart lächerlich, wie der gegenwärtige Chefredakteur Dr. Lebinski, der unfähig ist, die einfachste politische Materie regelrecht anzufassen und sein ganzes politisches Verständniß nur im Briefkasten und im Feuilleton, nun, und in ordinären Schimpfereien, an den Tag legt. In dieser Beziehung ist man in Posen und in der Provinz allgemein derselben Ansicht. Diese Thatsachen politischen Sichzumnarrenmachens sind vollzogene. Möge Dr. Lebinski mithin wenigstens abwarten, ob Herr Franz Andrzejewski die Reihe dieser Thatsachen fortsetzen werde, und solange dies nicht erfolgt, möge er sich enthalten, Andrzejewski den polnischen Aghwardt zu nennen.

Dieses unausgesetzte Bespeien mit ordinären Schimpfsworten, verübt an Bürgern, die interessenlos unter den Mittelklassen arbeiten, müssen die Anhänger der Volkspartei bei der ersten Gelegenheit brandmarken. Die polnischen Mittelklassen dürfen im jetzigen Augenblick, wo Alles von ihnen fordert, daß sie die Last der öffentlichen Pflichten auch auf ihre Schultern nehmen sollen, nicht dulden, daß die versöhnungsparteiliche Presse ihr wie eine von der Kette befreite Meute mit Anbellen den Weg veretrete. Rechnen wir darauf, daß die Mittelklassen darauf eine Abfertigung folgen lassen werden, wie sie sich gebührt. Wenn Dr. Lebinski in dieser Weise für die Kandidatur seiner Partei, für Herrn Motth arbeiten will, so wird er ganz gewiß in diesem Falle denselben Bärendienst leisten, wie einst der Kandidatur Cegielski.

Aus Nr. 103 des Oredownik
vom 6. Mai 1898:

Die Frage betreffend die Wahlkandidaten.

Diese Frage gewinnt heutzutage eine praktische Bedeutung. Zwei Wahlkreise, und zwar 1. Schroda-Schrimm, 2. Breschen-Sarotschin-Pleschen sind jetzt geradezu in Verwirrung, wo sie entsprechende Kandidaten hernehmen sollen, jetzt, wo die Hauptwählerversammlungen vor der Thür stehen. Im Wahlkreise Schroda-Schrimm wird der Abgeordnete Kubicki fernerhin kein Mandat mehr annehmen. Um dies Mandat hat sich der Abgeordnete Cegielski beworben, aber der überwiegende Theil der Wähler sowohl im Kreise Schrimm als auch in Schroda will ihm nicht die Stimme geben. Doch weiß man in diesem Wahlkreise bisher nicht, wen man aufstellen soll.

Ebenso genaue Mittheilungen haben wir aus dem Wahlkreise Breschen-Sarotschin-Pleschen. Dasselbst will der Abgeordnete Dr. von Dziembowski, ein Pfeiler der Versöhnungspartei, gleich Herrn Cegielski, angeblich nicht mehr kandidiren, aber die Wähler wollen ihn auch nicht mehr zum Abgeordneten haben. In beiden Wahlkreisen ist man auf der Suche nach Kandidaten, ohne daß man bisher solche hat finden können, — und die Haupt-Wählerversammlungen sind vor der Thür. Unsere Volksgemeinschaft muß begreifen, daß der Mangel an entsprechenden Kandidaten in diesen beiden Wahlkreisen nicht etwa ein zufälliger, sondern eine natürliche Erscheinung ist, wie sie unsrer sozialen Lage entspricht.

Wir haben bereits früher gesagt, weshalb es schwer, ja unmöglich ist, unter unsrer Intelligenz, welche die Befähigung zu einem derartigen Amte besitzt, Kandidaten ausfindig zu machen. Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Die unmittelbare Folge dieses zu beklagenden Zustandes wird sein, daß man im Kreise Breschen aus allen Kräften dahin arbeiten wird, Herrn Josef von Koscielski auf die Kandidatenliste zu stellen. Im Jarotschinschen hat er keine Aussichten; sollte man ihn aber im Pleschenschen aufstellen, dann wird seine Kandidatur gesichert sein. Selbst wenn er nur im Kreise Breschen auf die Kandidatenliste gesetzt werden sollte, wer weiß, ob er dann nicht auf der Delegirtenversammlung in Posen die Mehrheit der Stimmen erhält?! Möge das etwa Niemand als Spaß auffassen; was wir hier von Breschen und Herrn von Koscielski schreiben, stützt sich auf genaue Informationen. In gewissen, und zwar einflußreichen Kreisen im Breschenschen spricht man einzig von der Kandidatur des Herrn von Koscielski. In ähnlicher Weise könnte im Wahlkreise Schroda Schrimm die Kandidatur des Herrn Cegielski zur Annahme gelangen.

Eine derartige Wendung der Dinge würde nicht ohne Folgen bleiben. Die polnische Gesamtheit würde noch mehr in gedrückte Stimmung und Zweifel versetzt, der Glaube an die eigene Kraft noch mehr geschwächt werden. Schon heute ist diese gedrückte Stimmung, dieser Zweifel in gewissen mittleren Kreisen sehr groß. Der Durchschnittsbürger versteht nicht viel von Politik, richtet sich nach den „speziellen“ Politikern und hält sich als ehrlicher Pole in gutem Glauben an das, was ihm diese „Politiker“ vorlegen. Fünf Jahre lang hat dieser Durchschnittsbürger an die Versöhnungspolitik, an die Unfehlbarkeit der Patrone derselben geglaubt. Heute sagt er sich im Innern: „Alles, woran ich geglaubt habe, ist Komödie, ist Narrenspiel; am Besten handle ich als Pole wohl, wenn ich mich an meinen eigenen häuslichen Herd zurückziehe. Da werde ich die vaterländische Sache vertheidigen, von der sogenannten nationalen Politik aber werde ich mich fernhalten.“

Diese geistig gedrückte Stimmung wird in unsrer Volksgesamtheit immer gräßlicher werden; denn die letztere kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß sie selbst daran die Schuld trägt, indem sie sich blind der ersten besten Täuschung hingab und es an der erforderlichen Mühe fehlen ließ, um sich ihre Lage eingehend klar zu machen.

Die Schuld daran wird hauptsächlich auf unsre höhere Intelligenz fallen. Trotz aller Anerkennung gebietet die Wahrheit, zu sagen, daß diese Intelligenz in den letzten fünf Jahren, d. h. im Laufe des Kampfes gegen die Versöhnungspolitik nichts für die Gesamtheit vorbereitet hat, um für sie die Wahlkandidatenfrage zu prüfen und praktisch zurechtzulegen. Und darum befinden wir uns Alle zwischen Hammer und Amboß, oder wir machen vor den versöhnungsparteilichen Abgeordneten tiefe Bücklinge, damit dieselben „geruhen“, wiederum Mandate anzunehmen, oder wir stehen vor einander rathlos da.

In der jetzigen Lage können wir die rutinierten, erprobten und verdienten Abgeordneten in den Fraktionen nicht entbehren. Neben ihnen müssen wir, wenn wir nicht einfache Statisten aus der Schaar der Versöhnungsparteiler haben wollen, aus der Intelligenz ebenfalls Erprobte wählen, und sollte das Ausfindigmachen solcher Leute schwierig sein, dann muß die Gesamtheit wegen der Kandidaten in die Klasse der Kaufleute und Gewerbetreibenden greifen, die halbwegs geeignet sind und die Bürgschaft dafür bieten, daß sie jene erprobten Parlamentarier verstellen und nicht der Stimme des ersten besten poli-

tischen Abenteurers in der Fraktion, wie Herr von Koscielski es ohne Zweifel gewesen, Folge leisten werden. Die Volkspartei in Posen hat diese dringende Nothwendigkeit begriffen und sich in dem Gewerbetreibenden Herrn Fr. Andrzej wski einen Kandidaten ausersehen, nicht als ob sie denselben für außergewöhnlich befähigt hielte, sondern deshalb, weil sie in dem Gnannten den Typus eines Wahlkandidaten aufstellt und um mittelst eines solchen Kandidatentypus aus der gegenwärtigen Lage zwischen Hammer und Amboß herauszukommen.

Aus Nr. 107 des Dziennik Poznański
vom 11. Mai 1898:

Die Stimme der wahren Volkspartei. Landsleute!

Binnen Kurzem werden wir an der Wahlurne stehen, um den würdigsten unter den Wählern der Stadt Posen als Reichstags-Abgeordneten zu wählen. Ein solcher Auserwählter der Gesamtheit kann kein Anderer, als nur der Amtsgerichtsath und Landtagsabgeordnete Herr Stanislaus Motty sein.

Er ist ein Kind der Stadt Posen und unser Mitbürger, er ist der Begründer des Darlehnsvereins, welcher sich zu einer großen „Bank der Industriellen“ emporgeschwungen hat, er ist der erste Reorganisator des Industrie-Vereins, der in diesem Jahre das 50jährige Jubiläum seines Bestehens feiert, er ist Vorsitzender der polnischen Landtagsfraktion, er zeichnete sich durch eine lange Reihe von Jahren als ein tüchtiger Abgeordneter aus und hat neuerdings durch seinen Mannesmuth, seine geistige Ueberlegenheit und seine Kenntnisse den verbissensten G.-R.-Listen im Landtage besiegt, sodaß der Abgeordnete Motty heute von der öffentlichen Meinung auf den Händen getragen wird.

Er zählte niemals zu den „Versöhnlern“, sondern vertheidigte auf Schritt und Tritt die nicht verjährten Rechte des Volkes und unseres heiligen Glaubens und trat stets gegen die Verdeutschung auf.

Einen solchen ernsten, gebildeten, in parlamentarischen Kämpfen erprobten Mann muß die Stadt Posen nach Berlin entsenden, wenn ihr an ihrer Würde und derjenigen der ganzen Gesellschaft und der polnischen Nation gelegen ist.
Es lebe der Abgeordnete Stanislaus Motty!

Gott segne ihn und uns.

Zum Delegirten, welcher unsern Kandidaten in der Provinzial-Delegirtenversammlung und der des Provinzial-Komitees vorstellt, wollen wir den Herrn Johann Paczkowski wählen, er ist ebenfalls unser Mitbürger, ein tüchtiger Kaufmann und Industrieller, ein verdienstvoller Mitarbeiter auf dem Gebiete des polnischen Lebens.

Erscheinen wir am Donnerstag, den 12. d. Mts., vor 8 Uhr Abends im Lambertischen Saale.

Aus Nr. 105 des Ogródownik
vom 8. Mai 1898:

Der Herr Konsistorialrath Kotecki,

der Vorsitzende des Wahlkomitees für den Kreis Posen-Ost, hat uns eine Erklärung übersandt, welche von einer Anzahl Bürgern aus Schwersenz und Umgegend unterzeichnet ist. In dieser Erklärung ist die Rede davon, daß „irgend welche unbekannte Persönlichkeiten“ in Schwersenz wählten, um dort

eine Versammlung einzuberufen. Die „Erklärung“ habe den Zweck, vor dieser „Maulwurfsarbeit“ zu warnen, die sich hinter dem Rücken des legalen Wahlkomitees vollziehe. Die ganze Erklärung wimmelt von Ausdrücken wie „geheime Wähler“, „Entzweiung und Spaltung des polnischen Lagers“. Auch ist Dr. Wendland aus Schwerzenz unterschrieben, welcher augenscheinlich der Haupturheber der „Erklärung“ ist. Wie kann Dr. Wendland es wagen, den Bürgern Rechte abzuspochen, die ihnen die preußische Verfassung verleiht? Wenn wahlberechtigte Bürger Versammlungen einberufen, so haben sie dazu nicht allein das Recht, sondern angesichts der Trägheit, wodurch sich das Komitee auszeichnet, in welchem Dr. Wendland sitzt, auch die Pflicht. Wir sind schon soweit gekommen, daß unsere Reaktionen uns diejenigen Rechte absprechen, welche uns die preußische Verfassung gewährt. Dafür, daß die Leute sich um die Wahlen Mühe machen, daß sie ihre Bürgerpflichten erfüllen, nennt man sie „geheime Wähler“. Um diese „geheimen Wähler“ hat sich Dr. Wendland nicht zu kümmern!

Dem Herrn Rath Kotecki würden wir rathen, aus dem Komitee auszutreten; denn es ziemt ihm als Geistlichen durchaus nicht, zu Gunsten von Elementen zu arbeiten, welche bewußt und systematisch dahinwirken, das erwachende politische Bewußtsein unter unseren mittleren und niederen Volksschichten zu erlödten.

Bericht

über die am Sonntag, den 8. Mai d. Js. in Stenschemo, Kreis Posen-West, stattgefundene polnische Wählerversammlung.

Die Versammlung bestand etwa aus 200 Personen und wurde um 4 Uhr von dem Vorsitzenden des Einberufungs-Komitees Gutsbesitzer Blazjewski-Stenschemo eröffnet, welcher die Ackerbürger Kroliczak, Witobel, Wolynski-Stenschemo, Zalesnik-Zamyslowo, Johann Szyfter I-Stenschemo als Vorsitzender, den Alekski-Stenschemo als Sekretär in das Bureau berief, und in kurzen Worten auseinandersetzte, warum die Wähler von Stenschemo und Umgegend zusammengekommen, daß es diesmal gelte, einen Vertreter des Mittel- und Bauernstandes in den Reichstag zu wählen, weil der Adel immer mehr zusammenschrumpe, der Geistliche aber zur Annahme der Wahl die Erlaubnis seiner bischöflichen Behörde haben müsse, also ganz unabhängig nicht sei. Er bitte die Anwesenden sich hierüber zu äußern, mache aber zuvor den Beschluß des einladenden Komitees bekannt, daß als Redner nur zugelassen werden solle, wer aus Stenschemo und Umgegend selbst sei und eine Ausnahme nur gemacht werden würde, falls etwa der von der Versammlung aufgestellte Reichstagswahlkandidat seine Programmrede halten wolle.

Es sprachen nun nacheinander Tomczak-Lodz, Czajkowski, Andrzejewski-Stenschemo, Wolynski, Elmann I, Elmann II und erklärten sich alle für einen Kandidaten des Mittelstandes und zwar speziell für den Schuhmachermeister Andrzejewski aus Posen, welcher demnächst von der Versammlung unter großem Jubel einstimmig als Kandidat angenommen wurde. Gegen ihn sprach ein Zimmermann Karpiński-Stenschemo, welcher von Wolynski derb abgefertigt wurde.

Die Versammlung nahm nunmehr eine von Alekski verlesene Resolution an, in welcher sie er-

klärte, daß sie sich einstimmig für den Schuhmachermeister Franz Andrzejewski-Posen als ihren künftigen Vertreter im Reichstage entschieden habe, und das Wahlkomitee Posen-West ersuche, diesen Kandidaten auf erster Stelle in die Liste der den Provinzialwahlkomitee vorzuschlagenden Persönlichkeiten einzutragen. Der in der Versammlung anwesende Kandidat Franz Andrzejewski bat nun, ihm das Wort zu kurzen Ausführungen zu gestatten. Er werde, falls er durch das Vertrauen der Wähler in den Reichstag kommen sollte, sich nicht mit hoher Politik befassen, sondern seine Arbeitskraft lediglich wirtschaftlichen Fragen zum Wohle des Mittel- und Bauernstandes widmen. Er werde zunächst die Reorganisation der Handwerker-Innungen anstreben, um dem reellen Handwerk wieder goldenen Boden zu verschaffen, für Herabsetzung der Altersgrenze für Arbeitsunfähige auf 65 Jahre sein, da die jetzige Lebensdauer von 70 Jahren, um in den Besitz der Altersrente zu gelangen, nur von wenigen Arbeitern erreicht würde, und werde ferner dafür eintreten, daß sowohl Alters- als auch Invalidenrente von amtswegen dem Berechtigten zugesprochen würden, ohne Zuthun derselben, da das jetzige Verfahren, nach welchem der Arbeiter selbst die nöthigen Anträge stellen, die Beweise für seine Ansprüche vorlegen müsse, ein den meist des Schreibens wenig kundigen, mit dem Gange der Geschäfte durchaus nicht vertrauten armen Manne sehr belästigendes und auch kostspieliges sei.

Er sei weiter für eine gänzliche Aufhebung der Salzsteuer, dieses antiquirten Monopols der Regierung und für eine erhebliche Herabsetzung der Zuckersteuer, da beides Nahrungsmittel seien, an deren Billigkeit das arbeitende Volk ein großes Interesse habe.

Was die im Reiche herrschende Währung anbetreffe, so sei er ein entschiedener Gegner der Goldwährung und für Einführung der Doppelwährung. Das Silber sei das Zahlungsmittel, mit welchem dem kleinen Manne, dem Arbeiter und Handwerker seine Arbeit bezahlt würde, welches das Verdienst desselben ausmache. Das Silber sei aber bei unserm heutigen Währungssystem minderwerthig dem Gold gegenüber. Für den Landmann ergäben sich aber auch aus dem internationalen Verkehr Deutschlands mit anderen Ländern mit Silber- oder Doppelwährung große Nachteile.

Denn gerade die Länder mit Silberwährung seien es, welche Getreide nach Deutschland importirten, und hierdurch auf die Preise drückten. Daß dem so sei, sei von allen Autoritäten auf diesem Gebiete anerkannt, wenn er den Versammelten auch die Gründe, warum das so sei, nicht auseinandersetzen könne und wolle, da die Materie der Gold- und Silberwährung eine so schwierige sei, daß sie den Anwesenden doch nicht verständlich sein würde. Soviel sei jedenfalls sicher, daß für den Landmann, den Arbeiter und den kleinen Handwerker die Doppelwährung die beste und nützlichste sei und daher von ihm mit allen Kräften angestrebt werden würde.

Seien die Wähler mit diesem Programme einverstanden, so stelle er sich ihnen zur Verfügung und verspreche treu zu ihnen zu halten.

Die Ausführungen des Andrzejewski wurden mit großem Beifalle aufgenommen und die Versammlung demnächst mit einem Hoch auf denselben gegen 5 Uhr geschlossen.

Die Versammlung war insofern bemerkenswerth, als Andrzejewski wohl der erste polnische Kandidat ist, welcher den Wählern lediglich sein wirtschaftliches Programm auseinandersetzte, und das Gebiet der hohen Politik mit der sonst so beliebten und geübten Schilderung der Leiden und des Elends des pol-

nischen Volkes in Preußen, und mit den Vorwürfen gegen die Regierung und den heftigen Angriffen gegen den H.-K.-Lister-Verein gar nicht betrat. Sie stach durch die Sachlichkeit vorthailhaft vor allen anderen Wahlreden der polnischen Führer und Reichstagskandidaten ab.

Zu erwähnen bleibt auch noch, daß in Stenschemo viel besprochen wurde, daß der Propst von Stenschemo, Chybicki, Vormittags in der Predigt der Hauptandacht von der Kanzel herab abfällig sich über die Wählerversammlung geäußert und an alle Wohlgestimmten die Aufforderung gerichtet habe, derselben fern zu bleiben, da die Versammlung von falschen Freunden des Volkes einberufen sei, welche die bisher so loyalen Bürger Stenschemos nur verführen und verleiten wollten.

Posen, den 9. Mai 1898.

Zacher, Polizeirath.

Aus Nr. 106 des Oredownik
vom 10. Mai 1898:

Ausbeutung der Kanzel.

Es wiederholen sich die schmerzlichen Vorgänge, deren Zeugen wir vor fünf Jahren gewesen sind, nämlich daß die Kanzel, der geweihte Ort also, welcher dazu bestimmt ist, Gottes Wort zu verkünden, zu politischen Zwecken ausgenützt wird. Von der Kanzel herab wurde gestern unmittelbar nach dem Evangelium nicht eine Predigt, sondern eine politische Rede gehalten. Darüber war man gestern in Stenschemo einer Meinung; man verließ die Kirche verstimmt und gab dieser Verstimmung überall Ausdruck, wo man sich versammelte und davon sprach. Auf den gestrigen Sonntag war bekanntlich in Stenschemo eine Wählerversammlung einberufen worden. Die Einberufung war von achtbaren Bürgern ausgegangen. An ihrer Spitze stand Herr Blazjewski, ein greiser, verdienstvoller Bürger, der in Stenschemo viele Ehrenämter verwaltet und allerseits von Polen, Deutschen und Juden geachtet wird. Die Versammlung war zu dem Zwecke einberufen worden, damit die Bürger in Stenschemo bei Zeiten über unsre politische Lage klar würden und einen entsprechenden Kandidaten wählen.

Ein vernünftiger Mensch kann hierin nichts Schlimmes sehen, im Gegentheil, er muß den Eifer in der Erfüllung der Bürgerpflichten anerkennen. Indes trat der Ortspfarrer Chybicki in unerhörter Weise von der Kanzel aus gegen die Versammlung, sowie gegen diejenigen Bürger auf, welche sich mit der Veranstaltung der Versammlung befaßt hatten. Von der Kanzel herab fielen Worte wie: Sozialisten, Störer der Ordnung, Posener Hezer u. s. w. Noch mehr, der Protest, den Dr. Wendland aus Schwesenz nebst einigen Bürgern erhoben, wurde von der Kanzel herab verlesen. Ferner erhielt der Bürger Herr Szysle, der sein Lokal für die Versammlung hergegeben hat, von der Kanzel herab eine öffentliche Rüge und zwar in folgender ungewöhnlicher Form: „Der Jude hat sein Lokal nicht hergegeben wollen, indes hat sich unter den Polen jemand gefunden, der den Hezern sein Lokal hergegeben hat“ u. s. w.

Der Propst in Stenschemo geht also so weit, daß er einen heiligen Ort dazu ausnützt, um daselbst

eine solche Erklärung, wie die Wendlandsche zu verlesen, die ebenfalls von „Hezern und Ruhestören“ wimmelt. Der Propst geht soweit, daß er einen heiligen Ort dazu benützt, um von dort her die förmliche Boykottirung eines Bürgers zu predigen, der im Gefühl seiner Pflichten als Pole und Bürger sein Lokal zu Versammlungszwecken hergegeben hat. Und welches war die Folge, des vom Propst Chybicki von der Kanzel herab eröffneten Kreuzzuges? Der, daß die Versammlung eine so zahlreiche wurde, daß das Lokal sie nicht zu fassen vermochte. Auf die ordinären Schimpfereien, welche die versöhnungsparteilichen Organe gegen unsre Mittel- und unteren Klassen gerichtet haben folgt die Kanzel!

Von den Ministersejeln aus sind in diesem Jahre die schwersten Vorwürfe gegen unsre mittleren und niederen Volksschichten erhoben worden. Die H.-K.-Lister machen gegen die Mittelklassen, gegen den polnischen Kaufmann und Industriellen mobil. In den versöhnungsparteilichen Organen werden diese Volksklassen geschmäht und beschimpft und man sucht Jeden mundtot zu machen, der öffentlich den Muth hat, seine selbständige Meinung zu äußern. In den Kreiskomitees sucht man jeden, der darin unbequem wird, lächerlich zu machen und die selbständige Meinung zu unterdrücken. Nun kommt noch, wie in Stenschemo, die Kanzel hinzu. Die preußische Verfassung gewährt uns Versammlungsfreiheit, ein katholischer Pfarrer aber nimmt Bürgern und Wählern von der Kanzel aus das Recht, welches ihnen die preußische Verfassung verleiht.

Wir sind also weit gekommen. Der Stenschemoer Propst müßte doch Erfahrung von der Zeit vor 5 Jahren her haben, wo man ebenfalls die Pfarrer zum Schutze unsrer Versöhnungspartei gegen die Volkspartei mobil gemacht hat. Und was geschah? Die Pfarrer haben die Kosten dieses Kampfes bezahlt. Ist wiederholen sie die beklagenswerthen Vorgänge. Wenn das nicht aufhört, kann es sehr schlimm kommen. Es kann nicht im Interesse der Kirche liegen, daß solche Verhältnisse zwischen unsrer Geistlichkeit und dem polnischen Volke herrschen, noch dazu in Folge Herausforderung von der Kanzel her. Wir wollen glauben, daß andre Pfarrer das Beispiel des Stenschemoer Propstes nicht befolgen, daß sie die Gefahr begreifen werden, und daß der Propst von Stenschemo unter unsrer Geistlichkeit in diesem von der Kanzel her geführten politischen Kampfe vereinzelt bleiben wird.

Aus Nr. 103 des Postep
vom 6. Mai 1898:

Bukwitz bei Fraustadt, den 30. April.

Vier Wochen sind bereits vergangen, als wir im Postemp daran ermahnt haben, daß unser Abgeordneter für den Wahlkreis Fraustadt-Lissa Herr v. Chlapowski aus Szoldry uns ein Lebenszeichen geben möchte. Bis zu diesem Augenblick ist er diesen Forderungen nicht nachgekommen, woraus man schließen könnte, daß er schon gestorben sei, oder daß er sich fürchtet, uns Rechenschaft über seine Thätigkeit abzulegen.

Alles ist in tiefem Schlaf versunken; und Wahlen stehen bereits vor der Thür. Die deutsch-freisinnige Partei hat sich Herrn Sachs aus Berlin,

und die freisinnige Volkspartei haben sich einen gewissen Herrn Neukirch aus Breslau ausersehen. Und wir Polen warten auf den Rechenschaftsbericht des Herrn v. Chlapowski und fragen uns, wo der denn eigentlich sei, ob in irgend einer Wüste oder auf einer entlegenen Insel, ob er gar nach Amerika ausgewandert sei, oder unsere Bitten und Ermahnungen garnicht hören wolle?

Schauet, Brüder, auf diese elende Wirthschaft der Verschwender unseres Landes, welche der Kurjer Poznanski in Gemeinschaft mit einer hochgestellten Dame in Schutz nimmt, indem er uns Unmoralität vorwirft. Schaut auf den Dziennik Poznanski, diesen polnischen G.-R.-List, dessen Aktionäre uns „Stimmvieh“ nennen. Schaut schließlich auf den Wielkopolanin, welcher die Rolle eines Hofnarren spielt und dem ungebildeten Volke Sand in die Augen streut.

Wenn man auf diese verschwenderische Wirthschaft unseres Adels hinseht, könnte der Mensch wirklich vor Aerger plagen.

Es ist fürwahr die höchste Zeit, mit dem verschwenderischen Adel, diesen Schacherern unsres polnischen Landes zu brechen. Und Ihr Bürger des Wahlkreises Fraustadt-Lissa habet dazu den größten Anspruch und sogar die Verpflichtung, denn im Fraustädter Kreise giebt's auch nicht einen angesehnen adligen Besitzer, mit Ausnahme eines gewissen Herrn, welcher sich adlig zu sein dünkt, denn er lebt nach adliger Art, schwingt den Knüttel über seinen Arbeitern und mästet den Juden. Der letzte ansässige Adlige, der Sohn unsres Abgeordneten, hat seine Güter vor Kurzem einem Deutschen aus Hannover verkauft, und der Lissaer Kreis scheint ebenso des polnischen Adels bereits verlustig gegangen zu sein.

Schon vielmals ließen sich im Kreise Stimmen folgender Art hören:

„Wenn ich für einen der Versöhnungspartei angehörenden Adligen stimmen soll, so will ich lieber meine Stimme einem Freisinnigen oder Sozialdemokraten geben, denn im Reichstage nehmen uns doch nur die Freisinnigen und die Sozialdemokraten in Schutz, während der Adlige schweigt, als ob er dort gar nicht anwesend wäre, so daß wir uns vor den Deutschen ordentlich schämen müssen.“

Komitee der Volkspartei in Posen, gewähre uns möglichst bald Deinen Beistand, denn wir strecken wie aus einem Abgrunde die Hände zu Dir um Hilfe empor: „Rette uns, denn wir gehen zu Grunde!“

Einer im Namen vieler Wähler.

Aus Nr. 18 der Praca
vom 1. Mai 1898.

Unsere Ohnmacht.

Unsere Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in einer Lage, die, wenn wir nicht an die göttliche Gerechtigkeit und Hilfe und an die unverwundliche Lebenskraft unseres Volkes glaubten, geradezu als eine verzweifelte bezeichnet werden könnte. Wir werden von einer wahren Sintfluth drohender und gefährlicher Attentate überschüttet, die Vertheidigungsmittel dagegen, die wir dieser Sintfluth gegenüberstellen können, sind eigentlich so gering und schwach, daß wir, nach menschlicher Berechnung, wohl kaum die Fluth werden aufhalten können. So lange der Kampf gegen uns ausschließlich oder doch vorwiegend auf geistigem Gebiete geführt wurde, so

lange es sich darum handelte, uns zu entnationalisieren, uns der Sprache, der nationalen Sitten und Ueberlieferung zu berauben, so lange war die Gefahr nicht so drohend, so lange konnten wir eigentlich über die feindlichen Angriffe spotten, denn es war leicht vorauszusehen, daß dieselben an dem unüberwindlichen Bollwerk des nationalen Geistes zerschellen würden. Dies wurde allmählich auf der gegnerischen Seite erkannt und man hat eingesehen, daß man die Polen mit der geistigen Waffe nicht werde bezwingen können, deshalb begann man — ohne den geistigen Kampf aufzugeben, einen zweiten Feldzug und zwar auf wirtschaftlichem Gebiete, einen Kampf, dessen Ziel dahin geht, uns der materiellen Mittel zu berauben und auf die gleiche Stufe mit dem Proletariat zu bringen. Diese Absicht kann mit Recht eine unmoralische genannt, doch nicht als unklug bezeichnet werden; im Gegentheil, in ihr ist eine tiefe und schlaue Weisheit verborgen, zwar keine christliche, doch eine sich der zweckdienlichen Mittel bewußte, machiavellistische Weisheit, die mit nichts rechnet, sich an keine Rücksichten bindet. Diejenigen, welche diese Absicht aussprachen, haben recht wohl erkannt, wo die schwächste Seite unserer nationalen Stellung ist und gegen diese führen sie das schwerste Geschütz auf. Dem deutschen Geist konnte mit Leichtigkeit der polnische Geist, der deutschen Kultur die fast ebenso alte und mächtige polnische Kultur die Stirn bieten, doch der Macht des deutschen materiellen Reichthums werden unsere mehr als bescheidenen wirtschaftlichen Mittel nicht widerstehen können. In dieser Beziehung überragen uns die Deutschen ungeheuer und dieses Uebergewicht warfen sie jetzt auf die Wagchale des Kampfes, indem sie mit Sicherheit annahmen, daß es die Siegesaussichten bedeutend oder gar vollständig auf ihre Seite neigen werde. Den ersten Angriff nach dieser Richtung hin bildete die allmähliche Beseitigung der polnischen Beamten und das Fernhalten einer großen Anzahl polnischer Intelligenz von dem reichlich besetzten Regierungsstabe. Vom Standpunkte der Bismarckschen Staatsraison kann ein derartiges Verfahren durchaus nicht als unpassend oder ungeeignet betrachtet werden. Sie verlangt, daß die Staatsbeamten nichts weiter sein sollen, als thatsächlich nur Räderchen in der Staatsmaschine, damit sie — wir meinen jetzt die Polen — falls die Regierung es für nöthig hält, ihrer Abstammung, Familie und Sprache entjagen, ja sogar zur Entnationalisirung ihrer eigenen Brüder beitragen. Beamte, die sich diesen Anforderungen nicht anzupassen verstehen, kann diese Staatsraison nicht gebrauchen. Daß sie einen gewissen Zwang und eine Vergewaltigung des Geistes ausübt, daß sie den angeborenen und garantierten Rechten der polnischen Bevölkerung widerspricht, danach fragt sie nicht; indem sie ihre Berechtigung einzig und allein auf die Macht stützt, ignorirt sie vollständig die Rechte der Schwächeren. Auf eine weitere Kritik derselben wollen wir uns nicht einlassen; genug, sie stellte die polnischen Beamten vor die Alternative: entweder verzichtet Ihr auf das Polenthum oder auf das Brot. Da aber eine ungeheure Mehrheit der Polen ihre Nationalität höher achtet, als das Brot, so haben sie das Anrecht an das Beamtenbrot verloren.

Demnächst kann die Ansiedelungs-Kommission, deren schlimme Seite durchaus nicht die ist, daß sie den Großgrundbesitz aus polnischen Händen aufkauft und ihn gut bezahlt, denn dadurch übt sie noch keinen Zwang aus, sondern die, daß sie den erworbenen Grund und Boden nicht an die Polen

veräußert. Die Beschwerden einiger unserer Abgeordneten gegen den ersten Theil der Thätigkeit der Kommission waren nicht allein nicht am Platze, sondern geradezu lächerlich. In dem Aufkauf des Grundes und Bodens war nach den heutigen fortschrittlichen Handelsbegriffen, welche sogar eine Waare zu theuer zu bezahlen gestatten, wenn auf eine andere Weise daran wieder verdient werden kann, nichts Unmoralisches; wenn uns der Aufkauf Schaden zugefügt hat, so trifft die Schuld lediglich diejenigen unserer Landsleute, die nicht nur materiell, sondern auch sittlich so tief gesunken sind, daß sie in dem Verkauf an die Ansiedelungs-Kommission ihre Rettung suchen mußten. Ein Schlag dagegen, der sich wohl in ethischer Beziehung nicht rechtfertigen läßt, ist der, daß man den aus polnischen Händen erworbenen Grund und Boden nicht an die Polen, und wenn sie auch über den Ankaufspreis bezahlen wollten, veräußert, während man ihn an die Deutschen unter den günstigsten Bedingungen vergiebt. Aus diesem Grunde ist und bleibt die Ansiedelungs-Kommission für die polnische Bevölkerung ein Unrecht. Ein hundertmal größeres Unrecht ist die immer größere Einschränkung der Privatparzellirung unter die polnische Bevölkerung, denn dies zielt geradezu auf die allmähliche Enteignung derselben ab.

Das dritte Glied in der Kette der Attentate gegen das materielle Dasein der Polen war die Gründung der H.-R.-T.-Genossenschaft und ihr ganzes Wirkungsprogramm. Letzteres umfaßt einen ganzen Abschnitt des wirtschaftlichen Kampfes, von der einseitigen Förderung des Deutschtums gegen die Polen an bis zum öffentlichen Boykott sämtlicher polnischer Unternehmungen. Anfangs war man der Ansicht, dies sei ein völlig privates Beginnen, welches sich mit den Intentionen der Regierung nicht deckt, jetzt dürfte man über die Täuschung bereits im Klaren sein. Der letzte preussische Ministerialerlaß, welcher die Thätigkeit und die Bestrebungen des H.-R.-T.-Bereins gutheißt und sich mit ihnen vollständig solidarisiert, hat diese Täuschung zu Schanden gemacht. Da aber aus dem Munde der Minister sogar öffentlich die Versicherung abgegeben wurde, die Regierung werde zu diesem Zwecke mit Staatsmitteln nicht kargen, können wir heute von einer großen hafatistischen Staatsaktion gegen die materielle Existenz der Polen sprechen.

Wir schreiben dies Alles mit aller Ruhe, welche die Pflicht der treuen Unterthanenschaft erheischt und ohne Angst vor der Staatsanwaltschaft.

In der folgenden Nr. 19 der Praca wird der Artikel fortgesetzt, aus dem hier Nachstehendes mitgetheilt wird:

Die uns feindlich gesinnten Elemente wollen unserem Handel und unserer Industrie auch noch den Rest der deutschen Kundschaft, den wir haben, abnehmen, verlangen aber, daß die polnische Bevölkerung die Deutschen noch weiter unterstütze. Eine bittere Ironie steckt in dieser Taktik, es ist dies eine förmliche Verhöhnung des wirtschaftlich schwächeren Gegners. Wehe uns, wenn wir selbst diesem Hohn gegenüber uns nicht zur That, zur energischen Selbsthilfe aufrufen! Tausende der Schwächeren werden sicherlich untergehen; das Gespenst des polnischen Proletariats wird immer drohender, rückt immer näher heran! Wir müssen daher durchaus, wenn uns unser polnisches Leben und das Polenthum unserer Kinder lieb ist, schleunigst wieder dasjenige gut machen, was wir bis jetzt vernachlässigt haben. Wir müssen uns möglichst fest zusammen thun, alle Kräfte vereinigen, nicht nur unsern Eifer, sondern

auch unsere ganze Energie anstrengen, um möglichst bald zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von der gegnerischen Seite zu gelangen. Wir müssen eigene Erwerbsquellen für Hunderttausende unserer Arbeiter schaffen, eigene Produktionsquellen für unsere Bedürfnisse haben, kurz wir müssen dahin streben, daß der Pole nur das genieße, trage und brauche, was der Pole erzeugt. Unsere Vorräthe sind äußerst bescheidene, sie reichen jedoch für den Anfang aus, wenn wir uns ihrer verständig und mit gehöriger Berechnung bedienen. In Bezug auf Handel und Industrie liegt noch ein weites Feld vor uns, es ist die höchste Zeit, daß wir es mit polnischen Unternehmungen ausfüllen. Möge kein polnischer Groschen verloren gehen, mögen unsere Vorräthe wachsen, denn wir gehen einer schweren Zukunft entgegen!

Auf zur That, zum friedlichen Schutze, zu einer lediglich auf Arbeit, Gewinn und Sparsamkeit beruhenden Verteidigung; auch in dieser Beziehung waren wir bis jetzt unbeholfen! Für galizisches Petroleum haben wir vor einigen Jahren eine Summe geopfert, für welche zwei große Fabriken hätten entstehen und gedeihen können. Wir suchen immer nach Gold in weiter Ferne, Silber aber wollen wir auf eigener Scholle nicht sammeln. Das muß sich jetzt ändern, sonst wird es schlimm werden. Unsere Zeitungen sind stets voll von Projekten und Gedanken in Betreff der Vermehrung unserer Industrie und unseres Handels, doch Niemand hat sich mit der Realisirung dieser Vorschläge befaßt. Es fehlte uns eine entsprechende Anstalt. Wir sahen ruhig zu, wie der deutsche Chauvinismus sich in dem H.-R.-T.-Berein organisierte, um das polnische Element zu Grunde zu richten. Als damals Stimmen laut wurden: „Thun wir dasselbe, gründen wir einen gleichen Verein“ — wurden solche Rathschläge verdammt. „Wir wollen durch Sticheleien nicht reizen“ — sagte man unsererseits, „unsere heilige Sache wird die unsittlichen Angriffe selbst überwinden.“ Und was haben wir erlebt? Während wir auf dem Gebiete des Handels und der Industrie einem immer größeren Zerfall entgegengehen, werden wir von dem H.-R.-Tismus überall geschlagen und trotzdem wir eine urloyale und bescheidene Haltung annehmen, hat jetzt auch noch die Regierung in dem letzten Runderlaß sich den Bemühungen des H.-R.-Tismus angeschlossen. Wir haben nur das erreicht, daß wir dem mächtigen, wohlorganisirten Gegner gegenüber fast vollständig in Ohnmacht verfallen sind. Diese Ohnmacht müssen wir durchaus überwinden. Wir müssen eine Organisation schaffen, die über der Entwicklung unseres Handels und unserer Industrie wacht, die den übermäßigen gegenseitigen Wettbewerb in einigen Branchen einschränkt, dagegen aber neue Quellen des Erwerbes ausfindig macht und nachweist, die über unserer Jugend wacht und sie den Berufen zurückführt, an welchen es bei uns noch mangelt. Fürchten wir uns nicht davor, daß wieder in der Reptilienpresse ein neuer Sturm losbricht! Ist er denn nicht groß genug, obwohl wir zu unserm Schutze nichts thun? Wird uns denn nicht geradezu angebidet, wir gründen nichts einbringende Waarenhäuser, während wir doch auch nicht einen Pfennig zu verlieren haben und an eine organisierte Verteidigung nicht im Entferntesten denken? Wenn aber auf die eine oder andere Weise harte Schläge gegen uns geführt werden, so wollen wir uns wenigstens nicht fürchten, sondern trotz aller Angriffe für unsern Schutz sorgen. Die Organisation, die wir verlangen, braucht

feineswegs eine politische zu sein, sie kann sich vom S.-R.-Tismus dadurch unterscheiden, daß sie sich ausschließlich mit Handel und Industrie und nicht mit geistigen Dingen befaßt, daß sie sich jedes Angriffs enthält und sich auch nicht einmal der Bezeichnung „Deutscher“ oder „deutsch“ bedient. Eine solche spezielle Anstalt, eine solche Organisation müssen wir

haben, andernfalls wir untergehen werden, unsere Ohnmacht geradezu verderblich wird. . . . Da die Regierung selbst uns den Weg zu der einzig und allein möglichen Selbsthilfe, nämlich zur Absonderung und zum Zusammenhalten zeigt, so betreten wir doch den Weg ruhig und bedächtig, aber mit Ausdauer und Energie!

Rechnungsmäßige Zusammenstellung der Aktiva und Passiva
der

Spółka Melioracyjna (Meliorations-Genossenschaft)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
für das Geschäftsjahr 1897.

	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Kassa	886 932,16	887 056,33	1 875,83	—
Geschäftsanteile*)	—	50 000,—	—	50 000,—
Obligo für eingezahlte Raten	39 542,—	3 430,55	36 111,45	—
Nichteingezahlte Raten	13 888,55	—	13 888,55	—
Eingezahlte Raten	3 430,55	39 542,—	—	36 111,45
Bankenkonto	471 233,32	539 991,48	—	68 758,16
Wechsel im Portefeuille	211 267,36	205 556,71	5 710,65	—
Wechsel-Obligo der Interessenten	198 114,79	261 828,14	—	63 713,35
Hypotheken im Portefeuille	11 000,—	—	11 000,—	—
Hypotheken-Obligo	—	11 000,—	—	11 000,—
Effekten-Konto	22 000,45	21 000,45	1 000,—	—
Lombard. Effekten	20 000,—	—	20 000,—	—
Kautionen	1 460,—	26 300,—	—	24 840,—
Unfall-Versicherungs-Konto	1 855,63	1 745,63	110,—	—
Dividende pro 1896	2 794,80	3 007,35	—	212,—
Mobilien-Konto	5 681,96	403,26	5 278,70	—
Reservefonds	—	12 710,07	—	12 710,07
Spezial-Reserve	—	10 000,—	—	10 000,—
Obligo für ausgeführte Arbeiten im Jahre 1895	2 348,64	7 457,01	—	5 108,37
„ „ „ 1896	2 717,11	9 000,—	—	6 282,89
„ „ „ 1897	—	11 500,—	—	11 500,—
Handlungskosten	23 032,31	1 447,62	21 584,69	—
Technische Unkosten	24 080,50	14,—	24 066,50	—
Unternehmungs-Konto	151 020,22	197 936,11	—	46 915,89
Verwendete Materialien	33 683,85	38 073,34	—	4 389,49
Zinsen-Konto	8 776,56	9 600,64	—	824,08
Tantiemen und Diäten pro 1896/97	5 048,24	9 689,24	—	4 641,—
Debitoren	443 491,40	217 574,66	225 916,74	—
Kreditoren	157 906,98	167 442,79	—	9 535,81
	2 741 307,38	2 741 307,38	366 543,11	366 543,11

*) Die Anzahl der Genossen betrug am Ende 1896 55
Im Jahre 1897 sind ausgetreten 5
Mithin gehen auf das Jahr 1898 über 50

Am Schlusse des Jahres 1897 haben die Geschäftsguthaben der Genossen 36 111,45 Mk. betragen mithin haben sich dieselben um 1 581,05 Mk. vermindert.

Die Geschäftsanteile der Genossen haben betragen 50 000 Mk. und die Haftsummen, für welche alle Genossen zusammen aufzukommen haben, 50 000 Mk., mithin haben sich dieselben um 5 000 Mk. vermindert.

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1897.

Technische Unkosten	24 066,50	An Unternehmungs-Konto	46 915,89
Handlungskosten	21 584,69	„ Materialien	4 389,49
20 Prozent Abschreibung von den Mobilien	1 055,75	„ Zinsen	824,08
Reingewinn	5 422,52		
	52 129,46		52 129,46

Bilanz am 31. Dezember 1897.

Kassa	1875,83	Geschäftsanteile	50 000,—
Obligo für eingezahlte Raten auf Geschäftsanteile	36 111,45	Eingezahlte Raten auf Geschäfts- anteile	36 111,45
Nicht eingezahlte Raten	13 888,55	Wechsel-Obligo der Interessenten	63 713,35
Wechsel im Portefeuille	5 710,65	Hypothek-Obligo	11 000,—
Hypotheken im Portefeuille	11 000,—	Banken-Konto	68 758,16
Lombard-Effekten	20 000,—	Kautionen	24 840,—
Effekten im Portefeuille	1 000,—	Dividende pro 1896	212,55
Unfall-Versicherungskonto	110,—	Reservefonds	12 710,07
Mobilien nach Abschreibung 20 Proz.	4 222,95	Spezialreserve	10 000,—
Debitoren	225 916,74	Obligo für ausgeführte Arbeiten im Jahre 1895	5 108,37
		Obligo für ausgeführte Arbeiten im Jahre 1896	6 282,89
		Obligo für ausgeführte Arbeiten im Jahre 1897	11 500,—
		Kreditoren	9 535,81
		Tantiemen und Diäten pro 1896 und 1897	4 641,—
		Reingewinn	5 422,52
	319 836,17		319 836,17

Spółka Melioracyjna (Meliorations-Genossenschaft)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand.

G. von Chlapowski. St. Graf Kwiecki. K. Motty.

Vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-
Konto bestätigen wir.

Posen, den 19. April 1898.

Der Aufsichtsrath.

Dr. Kusztelan,
in Vertretung.

Vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-
Konto haben wir geprüft und mit dem Büchern der
Genossenschaft in Uebereinstimmung befunden.

Posen, den 12. April 1898.

Die Revisions-Kommission.

L. Cichowicz, Dr. Kusztelan,
Rechtsanwalt und Notar. Bankdirektor.
L. Kotecki,
Konfistorialrath.

Aus Nr. 105 des Dziennik Poznański
vom 8. Mai 1898:

Ein musterhafter Kirchenpatron.

Der Grundbesitzer S., ein Deutscher und Pro-
testant, im Kreise Pleschen, hat zu Händen des
Pfarrers Schwarz 900 Mark zu der Kapelle in
Wodziezno übersandt. Er hat zu demselben Zwecke
vor drei Jahren bereits 100 Mark gespendet. Herr
S. ist Patron zweier katholischer und einer prote-
stantischen Kirche.

Aus Nr. 107 des Kuryer Poznański
vom 11. Mai 1898:

Ostrowo.

Am vorigen Donnerstag fand in der hiesigen
katholischen Kirche eine seltene kirchliche Zeremonie
statt, nämlich die Taufe dreier Schwestern, er-
wachsender Damen aus Przygodzice, die vom evan-
gelischen zum katholischen Glauben übergetreten sind.

Aus Nr. 105 des Kuryer Poznański
vom 8. Mai 1898:

Frau Maria v Roscielska-Miloslaw

hat der Sektion des Vereins „Stella“, die sich mit
der Einrichtung von Ferienkolonien für polnische
Kinder befaßt, mitgetheilt, daß sie bereit sei, in
diesem Jahre 20 Posener Knaben bei sich Auf-
nahme zu gewähren und daß sie auch die Reise-
kosten für die Knaben zu bestreiten willens sei.

Aus Nr. 107 des Wielkopolanin
vom 11. Mai 1898:

Verfolgung der polnischen Sprache.

Man schreibt uns aus Wongrowitz:
„Ein Herr erschien in der hiesigen Kreiskasse,
um dort ein Geschäft zu erledigen, wobei er zu dem
Beamten polnisch sprach. Der beschäftigte Beamte
antwortete hierauf: „wir sprechen hier nur deutsch.“
Vor einiger Zeit kam in jene Kasse eine hier wohn-
hafte Dame, welche schon über 70 Jahre alt ist
und ebenfalls polnisch sprach. Daraufhin befahl
ihr jener Herr in barschem Tone deutsch zu sprechen,
und wenn sie dies nicht könne, dann solle sie es

lernen. Nachdem diese Dame nach Hause zurückgekehrt war, fing sie darüber an zu weinen, daß dieser Herr in so barscher Weise mit ihr umgegangen sei, und ließ fortan ihre Geschäfte durch eine andere Person erledigen, weil sie sich keinen Unannehmlichkeiten aussetzen wollte.

Ich glaube, daß ein Beamter mit dem Publikum artig umzugehen hat, weil er für das Publikum, und nicht das Publikum zur Bequemlichkeit der Beamten da ist.

Zu erwähnen bleibt noch, daß jener Herr ganz gut polnisch spricht, lange Jahre hindurch hier sein Geschäft hatte, und damals zu dem polnischen Publikum immer polnisch sprach. Der Schwiegersohn jenes Herrn, Herr X., ist hier ebenfalls Hausbesitzer. Wie sich doch die Polen in die Geschäfte der Deutschen drängen, und die Herren Deutschen können, wenn sie sich durch unsere polnischen Groschen bereichert haben, den Klang der polnischen Sprache nicht vertragen. Es wäre bereits die höchste Zeit, daß wir uns gegenseitig mehr unterstützten, und es wird uns dann besser gehen.

Jene Dame, gegen welche sich der Herr so unartig benommen hat, ist Frau Justina Werner, hier selbst wohnhaft.

Aus Nr. 101 des Lech
vom 6. Mai 1898:

Unregelmäßigkeiten.

In Gnesen wurde eine Mittel- sogenannte Bürgerschule gegründet, die zu den städtischen Anstalten gehört. Sie wird auch von vielen polnischen Schülern besucht, welche ein deutsches Lesebuch:

„Geschichtsbilder für Schulen, Erzählungen aus dem Alterthum, der deutschen Geschichte u. s. w., bearbeitet von C. A. Krüger, Ausgabe für evangelische Schulen“, haben müssen. Die auf Martin Luther und die Reformation sich beziehenden Stellen fallen durch ihre Tendenz, welche das Gefühl des katholischen Kindes verletzen muß, auf. Wie uns mitgetheilt wurde, ist dieses Buch bereits seit 3½ Jahren in dieser Anstalt, die anscheinend zur Protestantisirung dienen soll, anstatt für gehörige Erziehung und Vorbereitung der Jugend zu praktischen Berufen Sorge zu tragen, im Gebrauch.

Das in der hiesigen Mittelschule eingeführte deutsche Lesebuch eignet sich nämlich, wie schon der Zusatz besagt: „für evangelische Schulen“, durchaus nicht für Simultanschulen, denn es verletzt stellenweise das religiöse Gefühl der katholischen Kinder. Wir wollen hier keine Stellen, die die Anhänglichkeit an den Glauben und die Achtung vor der Kirche und deren Einrichtungen untergraben können, anführen. Wir fragen nur, wie konnte man nur ein solches Buch in die Hände katholischer Schüler gelangen lassen? Wenn die Protestanten eine Verherrlichung und Vergötterung der Fehler Martin Luthers haben wollen, so wird ihnen das Niemand in den protestantischen Anstalten verwehren. Hat denn die Mittelschule in unserer Stadt in konfessioneller Beziehung einen protestantischen oder einen paritätischen Charakter? So viel uns bekannt ist, soll sie paritätisch sein. Es ist daher ganz unerhört, ein derartiges Buch in Schulen einzuführen, die von einer ganzen Schaar katholischer Kinder besucht werden. Es ist durchaus nöthig, daß die Sache aufgeklärt, vor Allem aber, daß das für das katholische Gefühl Aergerniß erregende, überhaupt die Katholiken verletzende Buch beseitigt werde. Wie sollen die Katholiken eine Anstalt unterstützen, in welcher derartige Dinge vorkommen!

Aus West-, Ostpreußen und Pommern.

Polnische Wählerversammlungen finden innerhalb der Provinz Westpreußen nächstens statt:

Für den Kreis:	Ver- sammlungs- ort:	Zeit:	Ort:	Als Hauptredner ist angemeldet:
Strasburg	Strasburg	22. 5. Nachm. 4 Uhr	Schützenhaus	Provinzial-Delegirten Versammlung.
"	Lautenburg	30. 5.		
"	Zbiczno	30. 5.		
"	Zablonowo	5. 6.		
"	Brok	19. 5.		
—	Graudenz	2. 6. Nachm. 1½ Uhr	Goldner Löwe	
Flatow	Schwente	19. 5. Nachm. 4 Uhr		
Cartaus	Chmielno	22. 5. Nachm. 1 Uhr	Krenczkowskische Scheune	

Aus Nr. 54 der Gazeta Gdańska
vom 7. Mai 1898:

Aufruf.

Die Reichstagswahlen sind ausgeschrieben. Der 16. Juni ist der Tag des Wahlkampfes. Angesichts dieses nahen Termins müssen wir eifrig alle moralischen und materiellen Kräfte sammeln, um aus diesem Kampfe siegreich hervorzugehen. Wir können nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß der Wahlkampf gemäß der allgemeinen, uns feindlichen Gesinnung, überaus scharf werden wird. Wähler! Unsere Kraft liegt in uns selbst, insbesondere in der Einigkeit, dem Eifer, der Ausdauer und dem Scharfsinn. Diese Bürgertugenden empfehlen wir Euch warm. Entsprechend unseren Wahlvorschriften antreten die bestehenden Kreiskomitees sowie das Zentralkomitee bis zum Ablauf der Legislaturperiode des preussischen Landtages. Dasselbe betrifft die Delegirten; ein neuer Delegirter und dessen Vertreter sind mithin da zu wählen, wo sie fehlen.

Wir empfehlen vor Allem die Einberufung von Kreis-Wählerversammlungen, zu deren Thätigkeit außer der Wahlbelehrung folgende gehören:

- 1) Wahl zweier Abgeordneten-Kandidaten in jedem Kreise;
- 2) Organisation zwecks Beförderung der Wahl-agitation;
- 3) Organisation zwecks Sammlung von Wahl-fonds.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Bericht über die Kreis-Wählerversammlung da, wo die Wahl eines neuen Delegirten erfolgt ist, mit den Unterschriften des Vorsitzenden und des Schriftführers des Kreiskomitees versehen, in der Delegirtenversammlung dem Vorsitzenden des Zentralkomitees eingehändigt werden muß.

Die Wählerlisten werden vom 18. bis 25. Mai d. Js. ausgelegt. Wir empfehlen, sie in dieser Zeit aufs Eifrigste durchzusehen.

Wähler! Wir hoffen, daß Ihr die Euch übertragenen Pflichten genau erfüllen und damit unserer guten Sache den Sieg und den Triumph sichern werdet.

Den 4. Mai 1898.

Das Zentral-Wahlkomitee für Westpreußen
und Ermland.

Erasmus v. Parczewski,
Vorsitzender.

Pfarrer Dr. Anton Wolszlegier,
Schriftführer u. Schatzmeister.

Apol. v. Dzialowski. Leo v. Czarinski.
Felix v. Ossowski. A. Samulowski.

Aus Nr. 105 des Oredownik
vom 8. Mai 1898:

Gegen die Kandidatur Rulerski

hatte sich ein Korrespondent des Dziennik Poznański in außerordentlich scharfer Weise ausgesprochen, dem Genannten Dünkel, Mangel an Takt, geistige Unfähigkeit, lächerliches Benehmen, Größenwahn u. s. w. vorgeworfen und diese Kandidatur für unmöglich erklärt. Auf diesen Angriff des Dziennik erwidert der Oredownik Folgendes:

„Aus dem Dziennik weht ein förmlicher Widerwillen gegen neue Leute; weder Andrzejewski noch Rulerski passen dem Blatte, wie überhaupt keine Person aus den Mittelklassen. Derartige Kandidaturen betrachtet der Dziennik als ein unberechtigtes Sicheindringen der Mittelklassen in die Abgeordnetenkreise, zu denen augenscheinlich seiner Ansicht nach nur der Adel Zutritt haben dürfte. Und seit wann nehmen denn der Dziennik und dessen politische Freunde die Wahlkandidaten so sehr aufs Korn der öffentlichen Kritik, wie jetzt die Kandidaten aus den Mittelklassen. Wir hatten Abgeordnete, die wenig davon verstanden, wovon im Landtage die Rede war; wir hatten solche, die ebenfalls nur schwach deutsch zu denken und zu sprechen vermochten, jedoch lange Jahre in Berlin gegessen haben. Wir hatten einen Abgeordneten, der gern herausplatzte und wenn auch nur ein paar Worte redete. Einer der preussischen Minister hat den Herrn schließlich um Verzeihung, daß er ihm nicht antwortete, da er überhaupt nicht verstehe, wovon der Herr Abgeordnete spreche. Wir hatten Abgeordnete, die von den Abgeordnetenesseln als Banqueroutteure in die Welt hinausjogen, auch solche, die auf den Abgeordnetenesseln mit der Ansiedelungskommission unterhandelten. Und doch haben wir den Dziennik weder diese noch ähnliche Kandidaturen kritisieren gesehen! Wie kommt es, daß der Dziennik ein solches Geschrei macht aus Anlaß von Kandidaturen, die den Mittelklassen entnommen sind? In derselben Nummer führt der Dziennik Poznański in einer Wahlstatistik an, daß im Kreise Flatow-Deutsch-Krone vor vier Jahren dreimal der Kandidat von Prondzynski gewählt worden sei und jedesmal über 6000 Stimmen erhalten habe. Wer war jener von Prondzynski? Das war ein Mann, der in dem Augenblick, wo das polnische Volk für ihn Zeit, Arbeit und Geld opferte, mit der Ansiedelungs-Kommission feilschte und dieser sein Gut verkaufte! Wo blieb damals die Kritik? Das Zentral-Wahlkomitee von Ostpreußen wußte von diesem unwürdigen Schacher, der die Würde der polnischen Nation in den Augen der Deutschen der Lächerlichkeit aussetzte. Wo war damals die Kritik? Und der Dziennik wagt es, einen so arbeitsamen, rührigen Bürger, wie Herrn Rulerski anzugreifen?! Wir sind ebenfalls nicht mit Allem einverstanden, was Herr Rulerski in seinem Blatte unterstützt und haben bereits mit ihm polemisiert; deswegen aber sprechen wir ihm nicht die Befähigung ab, zu kandidiren. Der Dziennik hat niemals gänzlich ungeeignete Kandidaten kritisiert, wenn dieselben dem Adel entstammten. Herrn Franz Andrzejewski aber bespottet das Blatt mit Schimpfworten, weil er den Mittelklassen entstammt. Wenn wir aber anfangen, die Dziennik-Kandidaten aufs Korn zu nehmen, in welchem Lichte erscheint dann der unverschämte Angriff des Dziennik auf unsere Mittelklassen? — Es ist doch für Niemanden ein Geheimniß, daß man uns als Kandidaten und Abgeordnete empfiehlt:

Bergender, die ihr Erbe bei Tag und Nacht zu Grunde richtend, als — Vertheidiger des Vaterlandes posiren;

durchtriebene Kartenspieler, welche Tage und Nächte am Kartentische zubringen, dabei aber als — Vertheidiger des Vaterlandes posiren;

Leute, die, nachdem sie fremdes Gut vergeudet haben, jedoch nicht für sich selbst zu arbeiten wissen, im preussischen Landtage einen Unterhalt suchen, — dabei aber als — Vertheidiger des Vaterlandes posiren.

Von wievielen der Dziennik-Kandidaten kann man sagen, daß sie äußerlich übertünchte Gräber sind, die innen stinken! Herrn Andrzejewski mit solchen Individuen vergleichen, wäre eine Beleidigung für unsere Mittelfassen und für jeden anständigen Menschen.

Aus Nr. 99 des Dziennik Kujawski
vom 4. Mai 1898:

Mit Bezug auf die Aufstellung des Verlegers der Gazeta Grudziödzka, Kulerski, zum Reichstagskandidaten im Wahlkreise Graudenz—Strasburg bemerkt der Dziennik Kujawski:

Was uns anbetrifft, so befürchten wir, daß die Kandidatur des Herrn K. Grund zur Zwietracht, ja vielleicht auch zu einer Zersplitterung geben wird. Die Wahlprozedur war bisher so, daß der Kreis Strasburg, als der mehr polnische, zuerst einen Kandidaten aufstellte, und der Kreis Graudenz diesen gewöhnlich ohne Widerspruch annahm. In diesem Jahre hat sich der Kreis Graudenz vorgeedrängt, und nachdem er den Redakteur der Gazeta Grudziödzka als Kandidaten aufgestellt, den Kreis Strasburg aufgefordert, ohne Widerspruch dieser Kandidatur zuzustimmen. Hieraus kann man schließen, daß eine vorhergehende Verständigung nicht erfolgt sei, daß das Graudenz-Komitee vielmehr auf eigene Faust gehandelt habe. Ein solches Vorgehen kann man nicht billigen, da es leicht zu einer Spaltung führen kann. Wie man uns mittheilt, hat die Kandidatur des Herrn Kulerski im Kreise Strasburg nur wenig Anhänger. Die endgiltige Entscheidung über die Kandidaten steht sicherlich auch in Westpreußen nicht den Lokal-Komitees, sondern dem Zentral-Komitee zu.

Aus Nr. 105 der Gazeta Toruńska
vom 10. Mai 1898:

Betrifft die Wahlen.

Am 2. Juni Nachmittags 1/2 Uhr findet im „Goldenen Löwen“ in Graudenz die Versammlung der Wahlbelegirten von Westpreußen und Ermland zwecks Aufstellung der Wahlkandidatenliste statt.

In der Wählerversammlung, welche am 8. d. M. in Briesen (Westpr.) stattfand, wurden als Wahlkandidaten für den Wahlkreis Thorn-Kulm-Briesen aufgestellt Leo v. Czarlinski und Pfarrer Batke-Radomno; als Delegirter wurde v. Glaszi-Drlowo, als dessen Vertreter Wojnowski gewählt.

Die Wählerversammlung in Kulmjee wählte als Kandidaten für den Reichstag v. Donimirski-Diffomitz und v. Czarlinski-Zakrzewko.

In Kulm wurden als Reichstagskandidaten aufgestellt Leo v. Czarlinski-Zakrzewko und v. Donimirski-Diffomitz.

Seitens der in Pr. Stargard zusammengetretenen Wählerversammlung wurden M. v. Kalkstein-Klonowken und Dekan Dr. Wolszlegier-Gilgenburg als Wahlkandidaten aufgestellt.

Aus Nr. 53 der Gazeta Grudziödzka
vom 5. Mai 1898:

Der Abg. Leo v. Czarlinski

wird dem Wahlkreise Kulm-Briesen-Thorn in obiger Nummer unter Aufzählung seiner angeblichen Vorzüge eindringlichst als Reichstagskandidat empfohlen. Diesmal sei eine Kandidatur Czarlinski in Bromberg absolut aussichtslos, der polnischen Fraktion müsse aber eine so gediegene Kraft auf jeden Fall erhalten bleiben.

Aus Nr. 52 der Gazeta Grudziödzka
vom 4. Mai 1898:

Das Wahlkomitee für den Kreis Graudenz

hat am vorigen Sonnabend beschlossen, der künftigen Hauptwählerversammlung für die vereinigten Kreise Graudenz-Strasburg i. Westpr. als Reichstagskandidaten Herrn Victor Kulerski, den Verleger der Gazeta Grudziödzka und des Graudenz-Kurier vorzuschlagen. Zu der Berathung, die am Sonnabend um 12 Uhr im Makowski'schen Lokal an der Weichsel stattgefunden hat, hatten sich 13 Komiteemitglieder, und zwar die Herren Majewski-Lasin, Zurski-Schönbrück, Golski, Paszota und Makowski — sämtlich aus der Radzyner Gegend, Gorny-Schweß, Szymanski und Bozanski-Nywald, Kamrowski-Grutta, Judertowski-Kozlowo, Marchlewski, Golembiewski und Kulerski — sämtlich aus Graudenz — eingefunden. Alle Mitglieder des Komitees von außerhalb Graudenz erklären einmütig, in ihren Parochien forderten die Wähler, daß bei den Wahlen für Herrn Kulerski gestimmt werde. Herr Golembiewski, der Vorsitzende des Graudenz-Industrievereins, betont, er müsse bekennen, daß nicht allein die Graudenz-Polen, sondern auch die deutschen Arbeiter Herrn Kulerski ihre Stimme geben wollten. Jetzt entspann sich eine Diskussion über diese Kandidatur, im Verlauf deren Herr Victor Marchlewski hervorhob, daß die Deutschkatholiken für Herrn Kulerski nicht stimmen würden; hierauf erwiderten Andere, das werde höchstens eine sehr beschränkte Zahl von Schreibern aus dem Lager des Geselligen sein, die nie für den Polen gestimmt hätten; das katholische Volk aber werde auch in diesem Falle für den Katholiken stimmen.

Bei der Abstimmung gaben 11 Komiteemitglieder ihre Stimmen Herrn Kulerski; Herr Victor Marchlewski erklärte sich gegen diese Kandidatur, Herr Kulerski aber enthielt sich der Abstimmung. Hierauf erklärte Herr Kulerski, er sei, da elf Stimmen einer gegenüberständen, bereit, die Kandidatur anzunehmen, wenn die Generalversammlung dieselbe bestätige.

Sodann beschloß das Komitee, das Strasburger Komitee zu ersuchen, daß letzteres diesmal die vom Graudenz-Komitee aufgestellte Kandidatur annehme, nachdem bisher das Graudenz-Komitee stets mit der vom Strasburger Komitee zuerst aufgestellten Kandidatur einverstanden gewesen sei. Ferner beschloß man, das Strasburger Komitee aufzufordern, daß dieses ungeäumt einen Beschluß fasse, welchen Kandidaten es der Hauptwählerversammlung vorschlagen wolle. Auch wurde weiterhin beschlossen, das Strasburger Komitee aufzufordern, daß dasselbe vor der Hauptwählerversammlung eine gemeinsame Berathung mit dem Graudenz-Komitee in Sachen der Kandidatenfrage abhalte, und mit dem Graudenz-Komitee oder dessen Vorsitzenden unge-

säumt bezüglich der Veranstaltung einer gemeinsamen Wählerversammlung für beide Kreise in Verbindung trete. Als Termin für diese Versammlung wurde der 15. Mai und als Versammlungsort Jablonowo in Aussicht genommen. Schließlich beschloß das Graudenzener Komitee, den Mitgliedern des Strassburger Komitees von den gefaßten Beschlüssen Mittheilung zu machen.

Die Gazeta Toruńska erklärt sich in Nr. 99 vom 3. Mai mit der Kandidatur Kulerski einverstanden, für den Fall, daß die Hauptwähler-Versammlung derselben zustimme.

Aus Nr. 54 der Gazeta Gdańska
vom 7. Mai 1898:

Aus der Diözese.

Aus den deutschen Pressstimmen, welche Sie in Ihrer Zeitung wiedergaben, ersieht man, wen die H.-K.-Listen gern auf dem bischöflichen Stuhle sehen möchten — einen H.-K.-Listen, welcher für die Diözese nicht ein Hirt wäre, sondern ein Wolf; nicht ein Vater, der alle Diözesanen mit gleicher Liebe umfaßt, sondern ein Vertilger und ein Verdeutscher der Polen. — Leider geschahen und geschehen jetzt noch manche Sachen in der Diözese nach den Willen des H.-K.-Listen. — Und so laut sprachen sie ihre Freude darüber aus, daß bei Euch in Danzig während des Gefanges die Orgel schweigt. — Diese schweigende Orgel ist ein Aergerniß für die ganze Diözese, ist ein Zeugniß der Unordnung in der Diözese, sowie ein gresles Zeugniß des Rassenhasses, welcher sich nicht scheute, die Schwelle des Heiligthums zu überschreiten. — Noch größere Belobigungen spenden die H.-K.-Listen Dirschau, wo nicht nur die Orgel, sondern auch der polnische Gesang schweigt, mit Ausnahme eines kurzen Liedes nach beendetem Gottesdienst. — Ebenso bereiten Rauenburg und Graudenz den H.-K.-Listen große Freude. — Nichts jedoch hat sie soviel erfreut, wie die Antwort, welche die geistliche Behörde f. Zt. den Danzigern gegeben hat: „Wollt Ihr polnische Predigt und polnischen Gottesdienst haben, so erbaut Euch erst eine Kirche!“ Eine Antwort, welche selbst die H.-K.-Listen verwunderte, denn sie übertraf jedweden ihrer heißesten Wünsche. Allseitige Anerkennung sprachen auch die H.-K.-Listen betreffs der Prüfung der Unterschriften aus, welche unter das Bittgesuch um Vermehrung der polnischen Predigten und Veränderung des Gottesdienstes gesetzt worden waren. Der Leser der Bittschrift muß darin ein großes Verbrechen erblickt haben, daß verschiedene Namen von ein und derselben Hand herstammten. Der Gesellige und ihm ähnliche Blätter, nennen als Kandidaten für den bischöflichen Stuhl Leute, welche in der Diözese bekannt sind, wegen ihres Hasses gegen die Polen und ihres großen „Patriotismus.“ Nach Ansicht der H.-K.-Listen ist es unmöglich, ein Patriot zu sein und zugleich die Polen nicht zu hassen. Beten wir, gemäß der Aufforderung des hochwürdigsten Domkapitels, heiß zu Gott, daß er geruhen möge, der verwaisten Diözese einen musterhaften Hirten zu geben und daß er uns vor einem Bischof bewahre, wie er, Dank den damaligen H.-K.-Listen, vor mehr als 50 Jahren auf dem bischöflichen Stuhle in Breslau saß, ein gewisser Sedlnicki, welcher lutherisch wurde, sich verheirathete und sich in Berlin niederließ, wo er vor zwei Jahrzehnten starb, nachdem er sein Vermögen für protestantische Zwecke verschrieben hatte.

Aus Nr. 99 der Gazeta Toruńska
vom 3. Mai 1898:

Im Kreise Danzig-Land

soß, wie deutsche Blätter berichten, der Propst Bialk als Zentrumskandidat für den Reichstag aufgestellt werden. Diese Mittheilung erscheint uns irrig, da Propst Bialk als Pole sich gewiß nie als Keil gebrauchen lassen wird, um die polnische Kandidatur zu hintertreiben. Wenn das Zentrum fordert, daß die Polen in Westfalen und Rheinland für den Zentrums-kandidaten stimmen, so muß es den Kandidaten für die polnische Fraktion die polnischen Landestheile, zum mindesten aber diejenigen Wahlkreise überlassen, welche innerhalb der Grenzen Polens vom Jahre 1772 belegen sind, das ist das Posen'sche, Westpreußen und Ermland. Die Polen denken nicht daran, sich von den Zentrumsleuten aus dem Felde schlagen zu lassen und können dies gegenwärtig unter keiner Bedingung thun, angesichts der Thatsache, daß ein gewisser Theil der Zentrumsabgeordneten anfängt, Regierungslivree anzuthun, mithin in dem bevorstehenden Kampfe um die Gleichberechtigung kein absolut sicherer Vertreter sein wird.

Aus Nr. 55 der Gazeta Gdańska
vom 10. Mai 1898:

Die Zentrumsparthei hat, wie wir schon berichtet haben, im Landkreise Danzig den Pfarrer Bialk aus Lengowo, einen Polen, als Kandidaten aufgestellt.

Diese Kandidatur hat nicht nur uns, sondern auch viele Landsleute im Kreise betroffen gemacht. Wir wundern uns sehr darüber, daß Pfarrer Bialk als Pole die ihm von der Zentrumsparthei angebotene Kandidatur annehmen konnte, denn die Kandidatur eines polnischen Pfarrers im Kreise Danzig ist darauf berechnet, unter den Polen eine Spaltung herbeizuführen. Es ist bekannt, daß die Gesinnung der Deutsch-Katholiken sowohl in Danzig, als auch überhaupt in Westpreußen nicht so ist, wie wo anders, z. B. in Westfalen, in Baiern u. s. w., sondern daß sie im Gegentheil eine der polnischen Bevölkerung feindliche ist — bei uns gehen die deutschen Katholiken hinsichtlich der Germanisirung fast Hand in Hand mit den H.-K.-Listen, und daß es ihnen auf die katholische Eintracht wenig ankommt, davon kann man sich hinreichend dadurch überzeugen, daß sie nicht nur in den überwiegend polnischen Kreisen in diese Eintracht verbissen einen Keil hineinzutreiben suchen, indem sie überall ihre besonderen Kandidaten aufstellen, sondern sogar manchmal lieber für den gehässigsten Feind der katholischen Kirche stimmen wollen, als daß sie ihre Stimme einem polnischen Katholiken gäben. Von irgend einer Verständigung mit uns ist niemals die Rede, auch bei den Stichwahlen nicht, denn den hiesigen Führern des Zentrums gestattet ihr Hochmuth nicht, eine solche Verständigung zu suchen, wenn sie auch unsere Stimmen brauchen. Wenn wir überdies in Erwägung ziehen, mit welcher Verbissenheit man in Danzig sogar in der Kirche die nothwendigsten geistlichen Bedürfnisse bekämpft, wie man selbst gegen das Orgelspiel zu polnischen Liedern bei der Messe protestirt, wie man uns polnische Katholiken auf jedem Schritt stiefmütterlich behandelt — dann begreifen wir, was ihre Arbeit bedeutet und in welche gewundenen Wege sie ziehen. Wenn wir ferner in Betracht ziehen, daß unser Wahlreglement keine Kompromisse bei den erstmaligen Wahlen zum deutschen Reichstage zuläßt,

so bleibt uns nichts anderes übrig, als nur mit Entschiedenheit in den Kampf einzutreten, wenn auch das Zentrum als Kandidaten einen polnischen Geistlichen aufstellt — im Gegentheil wir müssen eine solche Kandidatur als eine uns Polen gestellte Falle ansehen, in welche wohl nur die Unerfahrensten unter uns hineingehen können. Wir sind davon überzeugt, daß ein solches Manöver nicht gelingen, daß unser polnisches Volk sich keinen Sand in die Augen streuen lassen wird. Landsleute! Es ist die Pflicht eines jeden von uns die Unerfahrenen bei Zeiten aufzuklären, daß sie in diese Falle nicht gehen. Wir haben auch zu unserm Wahlkomitee das Vertrauen, daß es sich um einen würdigen Kandidaten von unserer Seite bemühen wird, wir haben das Vertrauen zu der Versammlung, daß sie einen geeigneten Kandidaten für den Landkreis Danzig aufstellen wird.

Aus Nr. 101 der Gazeta Toruńska
vom 5. Mai 1898:

Motty-Gerlich.

Sämmtliche polnische und deutsche Tageblätter berichteten f. Z., daß der Abgeordnete Motty den Abgeordneten Herrn Gerlich wegen eines im Abgeordnetenhaus gegen die Polen erhobenen Vorwurfs zum Zweikampf herausgefordert habe. Auf die erste Runde hiervon schrieben wir, daß wir sie für verfrüht erachten und die Begründung dieser Annahme zog uns einen Prozeß wegen Beleidigung des Herrn Gerlich zu. Später wurde die Angelegenheit betreffend den angeblichen Zweikampf in verschiedener Weise besprochen, aber Niemand wußte, wie sich die Sache in Wirklichkeit zugetragen hat.

Da die Einen unserer Leser das Auftreten des Herrn Motty zu seinem Vortheil auslegen, die Andern dieses aber entschieden verurtheilen, halten wir es für unsere Pflicht, Aufklärung in diese Sache hineinzubringen. Da wir keine authentischen Mittheilungen von polnischer Seite besitzen, geben wir nachstehend das wieder, was die Freunde des Herrn Gerlich erzählen, und was auch die amtlichen Akten bestätigen.

Nach den deutschen Berichten unterzog Herr Gerlich in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. März d. J. die polnische Fraktion einer sehr scharfen Kritik. Der Abgeordnete Motty forderte ihn öffentlich auf, seine Vorwürfe zurückzunehmen, wenn er die Folgen derselben nicht tragen wolle. Herr Gerlich erwiderte darauf, daß er seine Worte nicht zurücknehme und sich vor den Folgen nicht fürchte. Infolge dessen sandte Herr Motty zwei polnische Abgeordnete zu ihm mit der erneuten Aufforderung, seine Worte bis zum nächsten Tage zurückzunehmen, aber Herr Gerlich verzichtete auf die Ueberlegungsfrist und erklärte, daß er seine Worte nicht zurücknehme, im Uebrigen sich aber dem Herrn Motty völlig zur Disposition stelle.

Am nächsten Tage erschien bei Herrn Gerlich ein hervorragendes Mitglied der Zentrumsparthei mit der Bitte, er möchte doch seine Worte zurücknehmen. Dieses Mitglied erklärte auch, daß Herr Motty nach den Vorschriften seiner Religion sich auf einen Zweikampf nicht einlassen könne, und daß aus diesem Grunde die polnische Fraktion und die Zentrumsparthei danach strebten, die Sache gütlich beizulegen. Herr Gerlich ließ sich darauf zu der Abgabe einer

Erklärung bewegen, und Herr Motty ließ ihm durch den Präsidenten Kröcher kundthun, daß er zufrieden gestellt sei.

So stellen die deutschen Quellen den Verlauf der Angelegenheit dar. Wir können nicht glauben, daß die Berichte der Freunde des Herrn Gerlich genau sind, denn der Abgeordnete Herr Motty weiß gewiß sehr wohl, daß viele Ehrenmänner sich nicht duelliren, sie sind indessen konsequent, senden ihren Gegnern nicht erst Freunde mit Drohungen und haben dann auch keine Veranlassung zu einem Rückzuge. Wir hoffen, daß der Abgeordnete Herr Motty die deutschen Berichte berichtigen wird. Es ist dies um so nothwendiger, als Herr Gerlich seinen den Polen gegenüber erhobenen Vorwurf des Verraths noch nicht zurückgenommen hat.

Vielleicht könnte in dieser Angelegenheit auch der „Ignotus“ das Wort ergreifen, welcher seiner Zeit den Abgeordneten Herrn von Szarlinski für seine Wortwechsel mit dem Abgeordneten Gerlich rügte und dem Abgeordneten Motty seine Anerkennung für die ritterliche Aufopferung seiner eigenen Person bei der Vertheidigung des Ansehens der Fraktion ausdrückte.

Aus Nr. 54 der Gazeta Grudziadzka
vom 7. Mai 1898:

Germanisirung.

Man theilt uns Folgendes mit: „Am ersten Freitag in jedem Monat findet auf Anregung des Herz-Jesu-Bereins Andacht statt. Nach dem Gebet pflegte stets polnische Litanei und Gebet stattzufinden, nach dem polnischen Gebete nur deutsches Gebet. Heut war leider weder polnische Litanei noch polnisches Gebet, sondern lediglich deutsche Litanei und deutsches Gebet. Die Andacht hielt Pfarrer Gollnick ab.

Ein Mitglied der Gemeindevertretung.“

(So dringt also die Germanisirung Schritt vor Schritt in unsre Kirche ein! Statt die billigen Forderungen unsrer überwiegend polnischen Parochie zu berücksichtigen, statt auch mitten in der Woche polnische Maiandachten einzuführen und die polnische Andacht am Sonntag auf eine gelegeneren Zeit anzuberaumen, sehen wir eine unausgesetzte Beeinträchtigung der Rechte der Polen. Wie dies mit dem Willen und der Lehre unsres Erlösers zu vereinbaren ist, ist für uns ein Räthsel. Red.)

Aus Nr. 54 der Gazeta Grudziadzka
vom 7. Mai 1898:

Kulm.

Obgleich sieben Reuntel der Kinder der städtischen Schule katholischen Bekenntnisses sind, hat man dennoch einen evangelischen Rektor angestellt. Jetzt ist die Stelle eines Rektors an der Mädchenschule erledigt, die 466 katholische und nur 158 evangelische Schülerinnen zählt. Es müßte also wenigstens in diese Stelle ein Katholik berufen werden. Mögen sich also recht viele Katholiken, die im Besitz des Rektorzeugnisses sind, beim Kreis-Schulinspektor Albrecht in Kulm melden.

Aus Nr. 100 der Gazeta Toruńska

vom 4. Mai 1898:

Nächst den übrigen Wahlbezirken hat sich auch Ermland geregt. Der dortige Abgeordnete, Pfarrer Dr. Wolszlegier, wird in Wählerversammlungen zu Allenstein und Wartenburg seinen parlamentarischen Rechenschaftsbericht erstatten. Wir hoffen, daß die dortigen Zentrumsleute ihm das Lokal hierzu nicht versagen werden, denn das wäre der Gipfel der politischen Ungezogenheit und könnte sich im Westen rächen, wo in einigen Wahlbezirken die Zentrumsleute nur mit Hilfe der Polen durchkommen können. Mögen sich das die Führer des Zentrums wohl überlegen!

Aus Ober-Schlesien.

Aus Nr. 35 der Gazeta Opolska

vom 3. Mai 1898:

Die Folgen des Ministerialerlasses.

Bekanntlich hat das preussische Ministerium eine Verfügung erlassen, nach welcher in den gemischt-sprachlichen Provinzen die Staats- und Gemeindebeamten, einschließlich der Lehrer, verpflichtet sind, den national-deutschen und staatspreussischen Geist unter dem Volke zu fördern. Die Folgen dieses Erlasses haben bereits Früchte gezeitigt, denn aus dem Kreise Oppeln wird uns geschrieben:

Siolkowiz, den 28. April 1898.

Die Lehrer haben unseren Kindern verboten, sich in den Läden, falls sie von ihren Eltern dorthin geschickt werden, der Muttersprache, d. h. der polnischen Sprache zu bedienen. Neben, von dem sie durch die anderen Kindern erfahren, daß er in einem Geschäft irgend Etwas in polnischer Sprache verlangt habe, erwartet Strafe. Daraus entwickeln sich interessante Fälle, z. B.: die Tochter der Kaufmannsfrau M., die noch die Schule besucht, zeigte einige Kinder, die im Laden ihrer Mutter polnisch gesprochen hatten, an; dies hatte zur Folge, daß die Kinder in das Geschäft der Frau M. nicht mehr gehen wollten. So hat auch der greise T. sein Enkelkind ausgeholten, um es zu zwingen, in das Geschäft zu gehen. Der Knabe weinte bitterlich, aber er ging nicht hin. Hierauf schickte er das kleine Mädchen in den Laden, doch was geschah? Es begegnete unterwegs einer alten bekannten Frau und bat diese, an ihrer Statt in den Laden zu gehen und die Waare, die sie bringen solle, ihr zu kaufen.

Ein muthigerer Kaufmann erklärte allen Kindern, sie sollten in seinem Laden sich nur der polnischen Sprache bedienen. Es ging ihm nämlich nahe, als einmal ein Schulknabe polnischer Eltern in einen Laden hereinkam, „Gohn Tag“ sagte und dann so schwatzte, daß ihn der Kaufmann nicht verstehen konnte. Ein anderer Knabe sollte vom Kaufmann 3. 5 Pfund Zucker bringen, dieser verstand ihn jedoch falsch und verabreichte ihm nur ein Pfund, so daß der Knabe noch einmal in den Laden kommen mußte. Der Schlächter M., ein geborener Deutscher, aber ein gerechter Mensch, gerbte seinen Sohn ordentlich durch, als er erfuhr, daß derselbe dem Lehrer einen Schüler, welcher in seinem Laden in polnischer Sprache Fleisch forderte, angezeigt hatte. Wahrscheinlich ist der Fleischer auch der Ansicht, daß ein solcher unerhörter Sturm gegen das Polenthum, wie er z. Bt. losgebrochen, allen vom Handel, Gewerbe und Industrie lebenden Ständen sich recht unangenehm fühlbar machen kann.

Für unsre armen Kinder und die ganze polnische Bevölkerung sind zwar sehr traurige Zeiten gekommen, doch der Lehrer hat nur in der Schule ein Recht an unsre Kinder, außerhalb der Schule gebührt die Fürsorge in erster Linie den Eltern; namentlich in Betreff der Muttersprache hat außerhalb der Schule Niemand das Recht, uns dieselbe zu verbieten, denn die Minister selbst haben im Landtage wiederholt erklärt, im Privatleben denke Niemand daran, uns unserer Muttersprache zu berauben oder uns deren Pflege zu verbieten. Im Uebrigen mögen unsre Kaufleute wissen, daß so wie unsre Väter und Vorfahren Polen waren, auch wir es sind und bleiben wollen. Wer zu unsrer Verdeutschung etwas beizutragen glaubt, der wird sich täuschen, denn seine Mühe wird eine vergebliche sein, dagegen wird er in seinem Geschäft sich schädigen.

So viel unser Berichterstatter. Unsererseits machen wir darauf aufmerksam, daß das Ministerium in seinem Erlaß den Beamten und Lehrern empfohlen hat, „trotz der entschiedenen Bekämpfung deutsch-feindlicher Bestrebungen, in versöhnlichem Geiste zu arbeiten, um die Gegensätze auszugleichen; jegliches Reizen der fremdsprachlichen Bevölkerung sei daher zu vermeiden.“

Viele, sogar deutsche Blätter schrieben, der neue Ministerialerlaß könne leicht die Beamten und Lehrer zum Uebereifer bei der Erfüllung ihrer germanisatorischen Mission verleiten. Niemand wird wohl in Abrede stellen wollen, daß sich das oben beschriebene Verhalten der Lehrer gerade durch einen solchen Uebereifer auszeichnet. Oder will vielleicht Jemand behaupten, daß dies eine „Arbeit in versöhnlichem und die Gegensätze ausgleichenden Geiste“ sei?

Das ländliche Bäuerlein, das obigen Brief an uns geschrieben hat, antwortet darauf recht treffend: „Möge kommen, was da wolle — wir bleiben doch Polen! . . .“ Und diesmal hat ihm das kein „großpolnischer Agitator“ ins Ohr geflüstert! . . .

Aus Nr. 53 des Katolik

vom 5. Mai 1898:

Volksbank.

Siemianowiz.

Am 15. April d. J. ist hier im Hause des Kaufmanns Franz Dembinski in der Park-Straße eine Volksbank gegründet worden. Die Bank gewährt Darlehne gegen Solawechsel, nimmt Depositen an und zahlt 3 von Hundert bei gewöhnlicher, 3½ von Hundert bei vierteljährlicher und 4 von Hundert bei halbjährlicher Kündigung. Die Bank ist jeden Dienstag und Freitag, von 8 bis 12 Uhr Mittags geöffnet. Die in der Nähe belegenen Ortschaften, namentlich: Przelajka, Michalkowiz, Dombrowka, Bytkow, Welnowiz, Maciejkowiz, Josephowiz, Chorzow, Klein Dombrowka, Pniaki u. s. w. können von den günstigen Bedingungen, die in der Bank Jedem vorgelegt und erläutert werden, Gebrauch machen. Die Bank nimmt bei der Sparkasse schon Beiträge von 1 Mark ab an. Es ist dies eine Volksbank und von dem Volke hängt ihr weiteres Gedeihen ab. Unsere Lösung ist: Mit dem Volke für das Volk!

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 53 des Wiarus Polski
vom 5. Mai 1898:

Für die Polen in der Diözese Köln.

Wie wir aus bestimmter Quelle erfahren, weisen in Köln zwei der polnischen Sprache kundige Priester, welche zum Beichtehören in diejenigen Ortschaften kommen werden, wo Polen vorhanden sind, sobald die Präpste der betreffenden Ortschaften sich dieserhalb an die geistliche Behörde in Köln wenden werden. Landsleute, die wollen, daß ein polnischer Priester zu ihnen komme, haben ihren Propst darum zu ersuchen, daß er einen polnischen Priester aus Köln kommen lasse.

Aus Nr. 104 der Gazeta Toruńska
vom 8. Mai 1898:

Wahlen.

Aus Westfalen und der Rheingegend erhalten wir die Nachricht, daß unter den dortigen Polen große Entrüstung über die deutschen Katholiken herrscht, wegen unzulänglicher geistlicher Fürsorge.

Der Wiarus Polski ist für den Frieden und arbeitet nach der Richtung hin, daß die Polen bei den Reichstagswahlen für den Zentrumsandidaten stimmen. — Die Polen dagegen sind der Ansicht, daß man für einen Polen stimmen, oder den Wahlen fern bleiben solle.

Wir hier zu Lande können den Polen in der Fremde nicht Vorschriften machen, was sie thun sollen, denn sie können uns antworten — thun es auch wirklich: „Wenn die deutschen Katholiken in früher polnischen Landestheilen ihre eigenen Kandidaten aufstellen, oder für einen Regierungskandidaten stimmen, warum sollten wir nicht das Gleiche thun. — Wenn die Zentrumsandidaten in Bochum, Essen und in anderen Gegenden bei den Wahlen unterliegen, so mögen sie sich dafür bei den deutschen Katholiken in unsrer Heimath bedanken.“

So viel wir die Lage im Westen kennen, nehmen wir an, daß die dortigen Polen nicht für den Zentrumsandidaten stimmen werden, wenn das Centrum eigene Kandidaten im Bereiche der Landesgrenzen Polens vom Jahre 1772, das ist in Westpreußen, in Ermland oder im Posenen, aufstellt. — Dazu wird sie weder die polnische Presse im Lande noch sogar das Organ unseres Auswandererthums Wiarus Polski zu bewegen vermögen. Wenn die Polen in der Fremde nicht mit eigenen Kandidaten auftreten — was zu verhüten möglich wäre — so werden sie sich sagen: „Alle Deutschen sind gleich, mögen sie sich untereinander bekämpfen, wir mischen uns nicht in ihre Streitigkeiten und enthalten uns überhaupt der Wahl.“

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 105 der Nowa Reforma
vom 8. Mai 1898:

Posen, den 5. Mai 1898.

Vor fünfzig Jahren ging es in unserm Landestheil heißher. Es wurden Abtheilungen polnischen Militärs formirt, auf welches unsre Väter große Hoffnungen setzten, die ihre Begründung in der Hal-

tung der preußischen Regierung fanden. Aber auch in diesem Falle opferten wir uns vergebens auf. Aus Berlin begann ein anderer Wind an zu wehen, und das Niederlegen der Waffen wurde anbefohlen. Es wurde Widerstand geleistet, und es kam zu zahlreichen Scharmützeln mit der regulären preußischen Armee. Die Haupttreffen wurden bei Xions, Miloslaw und Sosolow in der Gegend von Breschen geliefert. Diese haben die Ehre der polnischen Waffen gerettet und die Aufständischen zu Ruhm gebracht. Den fünfzigjährigen Gedenktag dieses Kampfes mit der überlegenen kreuzritterlichen Macht haben wir gegenwärtig durch Veranstaltung von Trauergottesdiensten für die Unterlegenen begangen. In Xions und in Miloslaw fanden Andachten statt, bei denen viele noch lebende Teilnehmer an jenem Kampfe vom Jahre 1848 anwesend waren, unter zahlreicher Betheiligung der städtischen Bevölkerung sowie des Landvolks aus der Umgegend.

Eins der hiesigen Blätter hat eine Liste der bis jetzt noch lebenden Veteranen aus dem Jahre 1848 aufgestellt. Unter 60 Sanzenreitern, welche bei Raschkow in preußische Gefangenschaft geriethen, befanden sich noch Julian Klaczko, weiter der jetzige Abgeordnete Rub'cki, Graf Lorenz Engeström, und andere heute nicht mehr Lebende, wie der spätere Prälat, Parrer Johann Rozmian, der berühmte Abgeordnete Kasimir Kantak, der General aus dem Jahre 1863 Edmund von Tacjanowski u. s. w.

Die Organe der G.-R.-Listen sind bereits auf einen solchen Standpunkt der Zügellosigkeit angelangt, daß selbst die Ritter dieser kämpfenden Brüderschaft zu besürchten beginnen, zuviel eingebracht zu haben. So z. B. sprach eins der Organe des G.-R.-Zismus vor Kurzem die Befürchtung der Möglichkeit einer Versöhnung der Polen mit Rußland aus, welches Land, durch hier und dort rücksichtsvollere Form seiner Politik den Polen gegenüber, an Macht zunehme und die durch die versöhnliche Richtung der Politik gerührten Gemüther der Polen für sich gewinne.

„Wir haben die ganze polnische Nation von uns gestoßen“, ruft der Verfasser jenes Artikels aus, und er ist wunderbarer Weise darüber gar nicht entsetzt, daß es uns an Liebe zu den Preußen mangelt. Denn auch an solche Ansprüche sind wir gewöhnt.

In Wirklichkeit entstehen die Skrupeln der G.-R.-Listen hauptsächlich unter dem Eindruck der thätigen mackeren Haltung unserer Gesamtheit. So z. B. hat ein deutscher Kaufmann seinen Betrachtungen über den Einfluß der deutschen Hezereien auf den Handel und die Industrie Ausdruck verliehen. Früher, so sagt jener Kaufmann, haben wir mit den Polen gute Geschäfte gemacht. Wenn man heute zu einem polnischen Kaufmann kommt, muß man sich vorher schwarz auf weiß darüber legitimiren, daß man nicht dem G.-R.-T.-Verein angehört, man will ferner mit Einem nicht anders reden, als polnisch, und endlich wird verlangt, daß alle Briefe und Rechnungen in eben dieser Sprache erledigt werden.

Ein solches Auftreten bringt die Deutschen zum Verstand, weil trotz alledem die polnischen Groschen für sie sehr begehrenswerth sind.

Von der Hinfälligkeit der irdischen Dinge und der Vergänglichkeit menschlicher Freundschaft kann jetzt Herr Josef von Koscielski unrühmlichen Angedenkens träumen, jener unglückselige Politiker und Führer der Versöhnungsarmee. Zu Zeiten seiner Herrlichkeit, seiner Triumphe bei Hofe u. i. w. verfügte jener „Preuße polnischer Zunge“ über eine Legion von Freunden und Anhängern, und die großen Tageblätter standen ihm zu Diensten. Seine Niederlage hat die Situation verändert, Schläge, Hiebe und Verspottung (in der Art der Bezeichnung Admiralski) hagelten auf ihn nieder. Seine Gläubigen haben einer nach dem andern ihren Führer verlassen, bis

schließlich nicht nur der Dziennik Poznański, der bis dahin mit Herrn von Roscielski sehr delikatsam umging, da dieser Aktionär dieser Zeitung ist, sondern sogar, oh Graus, selbst der königlich-preussische, schwarz-weiße, erz-loyale Kurier Poznański, sich von dem Herrn auf Schloß Miłosław abwandten und ihm mit energischen Worten die Wahrheit sagten. Diese Schläge trafen ihn infolge seiner im Herrenhause gehaltenen, von loyalen Zusicherungen und noch dazu geschmacklosen Ausfällen gegen die polnische Fraktion und deren Anführer, die Gegner der Versöhnungsaktion, erfüllten Rebe.

Wenn man den deutschen Zeitungen Glauben beimessen kann, so steht uns ein „großer Verlust“ bevor. Graf Bogdan Hutten-Czapowski will bestimmt in das deutsche Lager übergehen, oder er will Deutscher werden! Dieser Herr, wie ich glaube preussischer Major, Mitglied des Herrenhauses und Besitzer großer Güter, hat an dem nationalen Leben niemals Antheil genommen. Zeitweilig hielt er wohl in Berlin eine kleine Rede, die letzte zeichnete sich durch große Loyalität aus. Vor Kurzem soll der Herr Graf an der Zusammenkunft der Delegirten der national-liberalen Partei theilgenommen haben, und nun durch-eilt die Zeitungen die oben erwähnte Nachricht, welche Herr von Czapowski bisher nicht widerrufen hat. Wenn dieses Gerücht sich bewahrheiten sollte, so wird es keine Veranlassung zu großer Trauer geben. Das polnische Volk bleibt seinem Vaterlande ergeben, mag auch ein oder der andre Graf unsre Reihen der Karriere, oder der gesellschaftlichen Stellung wegen verlassen.

Mit vollen Segeln fahren wir jetzt auf den hochgehenden Bogen der Wahlbewegung. Im Herbst finden die Wahlen zum preussischen Abgeordneten-hause, und am 15. Juni, also in sechs Wochen die Reichstagswahlen statt.

Die Agitation ist im Flusse. Beide Provinzial-komitees, das für das Großherzogthum Posen und das für Westpreußen und Ermland haben schon Wahlaufträge erlassen, die Kreiskomitees berufen Versammlungen und Generalversammlungen ein, in denen die Abgeordneten Bericht erstatten, die Wähler aber drei Kandidaten zu Abgeordneten auswählen werden. Ueber die Aufstellung je eines für jeden Kreis wird die Kreisdelegirtenversammlung in Posen und ebenso die in Thorn entscheiden. Es herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß wir im Stande sein werden, dieselbe Anzahl Abgeordneter durchzu-bringen, wie wir sie heute besitzen. Zwar sind uns bedeutende Flächen Landes verloren gegangen, und in einigen Kreisen hat die polnische Bevölkerung ab-genommen, aber um so eifriger werden sich die Uebriggebliebenen zusammenscharen und an die Wahlurne herantreten. Nur in Ermland, wo ein einziges Mal ein polnischer Abgeordneter durchge-kommen ist, nämlich Pfarrer Dr. Wolzlegier, schießt sich das Centrum an, uns diesen Kreis abzunehmen und zu diesem Zwecke stellt es wahrscheinlich die Kan-didatur eines polnischen Pfarrers auf. Es ist indessen Hoffnung vorhanden, daß dieser sich nicht als Werk-

zeug zur Bekämpfung seiner Landsleute benutzen lassen wird.

Von einem „Zentralkomitee“ für ganz Deutsch-land ist nichts zu hören, und jetzt also werden in vielen Kreisen mit polnischer Minderheit, in deutschen Kreisen, wo tausende unserer Auswanderer sich auf-halten, keine polnischen Kandidaten aufgestellt werden. Dies ist schade, denn wenn auch dort die Wahl eines Polen nicht durchgedrückt werden könnte, so könnten dennoch die polnischen Stimmen manchmal in dem Kampfe der Konservativen mit den Freisinnigen oder dem Centrum die Entscheidung herbeiführen, und dies würde bei den gegenseitigen Kompromissen in Rechnung fallen.

Von den derzeitigen Abgeordneten ziehen sich einige aus der öffentlichen Arenas zurück, es treten an ihre Stelle neue Leute. Die „Volkspartei“ in Posen agitirt sehr heftig für den Schuhmachermeister und Hausbesitzer Franz Andrzejewski. In Graudenz stellt das Kreiskomitee Viktor Kulerski, den Redakteur der Gazeta Grudziądzka als Kandidaten auf.

Herr Kulerski hat sich große Verdienste durch Begründung zahlreicher Vereine und Weckung des nationalen Geistes in den Grenzbezirken erworben, er ist bis nach Pommern vorgeedrungen. Unsere großen Tageblätter treten dieser Kandidatur gegen-über in einer Weise auf, welche darthut, daß sie nichts gelernt haben, und immer auf dem Flecke stehen bleiben, ohne Rücksicht auf den Lauf des Lebens unserer Gesamtheit. Wie! ein Schuhmacher und Bürger soll Abgeordneter sein? So also spricht man solchen Leuten jede Qualifikation ab, man macht sie lächerlich, nennt z. B. Andrzejewski den zukünftigen polnischen Ahlwardt im Reichstage und prophezeit, daß er die Polen nur lächerlich machen werde u. s. w. Diese Herren vergessen, daß früher schon Bauern, wie Palacz, Abgeordnete gewesen sind, daß Bauern und Handwerker aus Galizien als Abgeordnete nach Lem-berg und Wien abgesandt worden sind. Sie denken nicht daran, daß, wenn auch die Herren Andrzejewski, Kulerski und andere nicht hervorragende Politiker sind, dies schließlich ebenso auch nicht alle diejenigen Abgeordneten sind, welche bisher in der polnischen Fraktion saßen. Es gab in diesen Körperschaften biedere Leute, welche ihre ganze Thätigkeit auf die Abstimmungen beschränkten, während stets ein und dieselben ihrer hervorragenderen Kollegen redeten und kämpften. Und heute schließlich, wo die Existenz unserer Gesamtheit hauptsächlich auf die Stadtbe-völkerung und das Volk sich stützt, muß man diese Stände auch zur Arbeit zulassen.

Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, daß ich Anhänger Andrzejewskis bin, und ich hege die Hoff-nung, daß diese Kandidatur fallen gelassen werden wird, wenn sie die eigentlichen Faktoren, d. h. die Wahlkomitees nicht annehmen. Ich glaube nicht, daß die Volksparteiler eine Spaltung herbeiführen wollen. Wenn aber dennoch Herr Andrzejewski als Kandidat aufgestellt werden sollte, so wird dies kein Un-glück sein.

